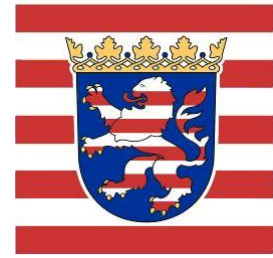




HESSEN



Bericht aus Brüssel

03/2023 vom 10.02.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	8
Wirtschaft.....	8
Verkehr.....	14
Energie.....	14
Digital.....	15
Forschung.....	16
Finanzdienstleistungen.....	18
Finanzen.....	19
Soziales.....	19
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	20
Umwelt.....	22
Landwirtschaft.....	23
Justiz.....	24
Inneres.....	25
Bildung und Kultur.....	28
Information, Kommunikation und Medien.....	28
Veranstaltungen.....	29
Vorschau.....	33

Europäischer Rat; Sondersitzung am 09.02.2023

Die EU-Staats- und Regierungschefs kamen am 09.02.2023 zu einer außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates (ER) in Brüssel zusammen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nahm persönlich am ER teil. Themen des Gipfels waren die Ukraine, die Antwort der EU auf den Inflation Reduction Act (IRA) der US-Administration sowie die Migration. Der ER bekräftigt erneut die umfassende Unterstützung für die Ukraine, erkennt ihre beträchtlichen Anstrengungen zum EU-Beitritt an, aber ohne diesbezüglich konkrete Zusagen zu machen. Der ER verurteilt scharf den russischen Krieg gegen die Ukraine und erklärt, dem Land weiterhin mit unverbrüchlicher Unterstützung zur Seite zu stehen. Es werde starke politische, wirtschaftliche, militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe geleistet, solange dies nötig ist. Insgesamt belaufe sich die Unterstützung durch EU und Mitgliedstaaten bislang „auf mindestens 67 Mrd. EUR“. Die „rasche Bereitstellung militärischer Ausrüstung durch die Mitgliedstaaten für die Ukraine“ wird begrüßt. Mit Blick auf den IRA erklärt der ER, die Wettbewerbsfähigkeit der EU angesichts der neuen geopolitischen Realität sichern zu wollen. Es sei überaus wichtig, dass die EU ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität stärke. Das Potenzial des Binnenmarktes soll durch eine umfassende Strategie weiter ausgeschöpft werden. Aufbauend auf der Mitteilung der Kommission über einen Industriepan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter und vor dem Hintergrund ihrer ausstehenden gründlichen Analyse müsse die Arbeit in den folgenden Aktionsbereichen dringend vorangebracht werden: Flexibilisierung bei der Beihilfenpolitik, leichter Zugang zu Finanzmitteln, Verbesserung des Regelungsumfelds und Stärkung der Kompetenzen. Ferner nimmt er Kenntnis von der Absicht der Kommission, noch vor dem Sommer 2023 einen Vorschlag für einen Europäischen Souveränitätsfonds vorzulegen, um Investitionen in strategischen Sektoren zu fördern. Bei der Migration ging es um die auswärtige Dimension. Der ER fordert, dass die operativen Maßnahmen in der Migrationspolitik unverzüglich verstärkt und beschleunigt werden. In den Schlussfolgerungen (SF) werden aufgeführt: verstärktes auswärtiges Handeln (Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern soll durch Partnerschaften, Aktionspläne für die Westbalkanroute und die zentrale Mittelmeerroute, neue Aktionspläne für die Atlantik-, die westliche und die östliche Mittelmeerroute), Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Rückkehr und Rückübernahme (u.a. sollen die Mitgliedstaaten Rückkehrentscheidungen gegenseitig anerkennen), bessere Kontrolle der EU-Außengrenzen, Bekämpfung von Instrumentalisierung, Menschenhandel und Schleuserkriminalität und Entwicklung einer gemeinsamen Lageerfassung, um die Überwachung der Daten zu Aufnahmekapazitäten und zu Migrationsbewegungen zu verbessern und neue Tendenzen bei der Migration rascher zu erkennen. Schließlich betont der ER, dass dringend Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien im Rahmen des von der EU unterstützten und vom Hohen Vertreter geleiteten Dialogs erzielt werden müssen. Er spricht den Opfern des Erdbebens in der Türkei und Syrien sein tiefstes Beileid aus und bekundet seine Solidarität mit den Menschen in den betroffenen Gebieten.

Der nächste reguläre ER findet am 23./24.03.2023 statt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2023/02/09-10/>

Rat; Prioritäten der EU für die Zusammenarbeit mit dem Europarat

Der Rat hat am 30.01.2023 Schlussfolgerungen zu den Prioritäten der EU für die Zusammenarbeit mit dem Europarat (2023-2024) angenommen. Thematische

Schwerpunkte sind neben dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine die Themen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5422-2023-INIT/de/pdf>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Koordinierungsplattform für den Wiederaufbau der Ukraine

Am 26.02.2023 hat die Plattform zur Koordinierung im Hinblick auf die Unterstützung des Neu- und Wiederaufbaus sowie der wirtschaftlichen Erholung der Ukraine ihren Betrieb genommen. Die Plattform soll eine enge Abstimmung zwischen internationalen Gebern und Finanzinstitutionen ermöglichen und sicherstellen, dass die Unterstützung auf kohärente, transparente und nachvollziehbare Weise geleistet wird. Es soll ein umfassender Prozess eingeleitet werden, mit einer engen Koordinierung zwischen allen wichtigen Akteuren, die kurzfristige finanzielle Unterstützung, aber auch längerfristige Hilfe in der Wiederaufbauphase leisten. Weiterhin soll damit sichergestellt werden, dass Bedarf und Ressourcen besser aufeinander abgestimmt werden können. Die erste Sitzung der Plattform fand in Form einer Videokonferenz statt und es nahmen hochrangige Vertreter der Ukraine, der EU und der G7 sowie von Finanzinstitutionen wie der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank teil. Die Kommission betonte, die EU sei entschlossen, weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung des Neu- und Wiederaufbauprozess in der Ukraine zu spielen und dafür zu sorgen, dass Investitionen auch mit Reformen einhergehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/read_23_383

Kommission; Gipfeltreffen EU-Ukraine

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel sind am 03.02.2023 in Kiew mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zum Gipfeltreffen zwischen der EU und der Ukraine zusammengetroffen. Die EU beteuerte, dass sie so lange, wie es nötig ist, der Ukraine beistehen wird. Weiterhin wurde zugesagt, die Ukraine wieder aufzubauen als modernen, wohlhabenden Staat, der sich auf dem gemeinsamen europäischen Weg befindet. Bei dem Treffen und der gemeinsamen Erklärung am Ende des Gipfels ging es um eine große Bandbreite von Themen, darunter den Beitrittsprozess, die Reaktion der EU auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Rechenschaftspflicht Russlands, restriktive Maßnahmen, die militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine, den Wiederaufbau und die Soforthilfe, die weltweite Ernährungssicherheit und die Bekämpfung von Cyber- und hybriden Bedrohungen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/03/joint-statement-following-the-24th-eu-ukraine-summit/>

Rat; Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Der Rat hat am 27.01.2023 beschlossen, die Russland betreffenden restriktiven Maßnahmen um sechs Monate, d.h. bis zum 31.07.2023, zu verlängern. Die Sanktionen wurden ursprünglich 2014 als Reaktion auf die Besetzung der Krim durch Russland verhängt. Sie wurden dann seit Februar 2022 angesichts des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine erheblich ausgeweitet. Die Sanktionen umfassen derzeit unter anderem Beschränkungen in den Bereichen Handel, Finanzen, Technologie und Güter mit doppeltem Verwendungszweck, Industrie, Verkehr und Luxusgüter. Dazu gehören außerdem ein Verbot der Einfuhr oder Weiterleitung von Rohöl und bestimmten Erdölzeugnissen auf dem Seeweg aus Russland in die EU, der

Ausschluss mehrerer russischer Banken vom SWIFT-System und die Aussetzung von Sendetätigkeiten und Rundfunklizenzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/01/27/russia-eu-prolongs-economic-sanctions-over-russia-s-military-aggression-against-ukraine/>

Rat; Militärische Unterstützung der Ukraine

Der Rat hat am 02.02.2023 weitere Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität in Aussicht gestellt. Mit der neuen Maßnahme wird die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte im Rahmen der militärischen Unterstützungsmission der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine) unterstützt, indem nichtletale Ausrüstung und Material sowie Dienstleistungen bereitgestellt werden, die für die Ausbildung ukrainischer Soldaten erforderlich sind. Laut Rat soll die Ukraine die militärische Ausrüstung und Ausbildung erhalten, die sie braucht, um ihr Hoheitsgebiet und ihre Bevölkerung gegen den Angriffskrieg Russlands zu verteidigen. Es handelt sich um ein siebtes Paket in Höhe von 500 Mio. EUR und eine neue Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 45 Mio. EUR für Ausbildungsmaßnahmen EUMAM Ukraine. Damit steigt der Gesamtbeitrag der EU im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität für die Ukraine nun auf 3,6 Mrd. EUR.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/02/ukraine-council-agrees-on-further-military-support-under-the-european-peace-facility/>

Kommission; Analyseberichte zur Angleichung der Ukraine, Moldaus und Georgiens an den EU-Besitzstand

Die Kommission hat am 02.02.2023 ihre Analyseberichte zur Angleichung der Ukraine, Moldaus und Georgiens an den EU-Besitzstand veröffentlicht. Die Kommission bewertet dabei den Stand der Angleichung an den EU-Besitzstand auf der Grundlage der Antworten der drei Beitrittsländer auf die Fragebögen sowie auf Grundlage einschlägiger Informationen, die im Rahmen der intensiven Dialoge gewonnen wurden. Diese Dialoge wurden unter anderem auch über viele Jahre hinweg im Rahmen der Assoziierungsabkommen, einschließlich der vertieften und umfassenden Freihandelszonen geführt, um deren Umsetzung zu bewerten. Die Berichte enthalten auch eine Bewertung der Fähigkeiten der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens zur Erfüllung der aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und der Umsetzung von der Kommission festgelegten Reformprioritäten. Die Berichte ergänzen somit die Stellungnahmen zu den Anträgen der drei Länder auf EU-Mitgliedschaft, die die Kommission im Juni 2022 angenommen hatte.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_123

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Vorbereitung der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates im Februar (Migrationsgipfel)

Am 01.02.2023 fand eine Plenardebatte mit der schwedischen Ratspräsidentschaft und Kommissionspräsidentin von der Leyen zum Thema „Vorbereitung der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates im Februar statt, insbesondere zur Erfordernis, dauerhafte Lösungen im Bereich Asyl und Migration zu entwickeln“ (siehe Beitrag unter „Inneres“).

Die Transparenz und das Targeting politischer Werbung

Das EP hat am 02.02.2023 die Bestimmungen für politische Werbung verschärft, um Wahlen und Referenden transparenter zu machen und besser vor Einflussnahme von außen zu schützen. Mit einer Mehrheit von 433 - 61 - 110 sprach sich das EP für die

vom Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz vorgeschlagene Verhandlungsposition aus. Die Zustimmung des Plenums gibt dem Berichterstatter des Parlaments, MdEP Sandro Gozi (RN/FRA), grünes Licht für die Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der Mitgliedstaaten, um rechtzeitig vor den Europawahlen 2024 einen Text zu vereinbaren (siehe Beitrag unter „Inneres“).

Ukraine: EP erwartet grundlegende Reformen

Am 02.02.2023 nahm das EP eine Entschließung an, in der es seine Erwartungen an das Gipfeltreffen zwischen den politischen Führern der EU und der Ukraine am 03.02.2023 in Kiew darlegt. In dem Text wird die EU aufgefordert, auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen hinzuwirken und einen Fahrplan zu unterstützen, der die nächsten Schritte für den Beitritt der Ukraine zum EU-Binnenmarkt skizziert. Die MdEP bekräftigten ihr Engagement für eine künftige EU-Mitgliedschaft der Ukraine nach dem formellen Beitrittsantrag des Landes am 28.02.2022 und betonten, dass der Beitritt ein leistungsorientierter Prozess sei, der die Einhaltung der einschlägigen Verfahren und die Erfüllung der EU-bezogenen Reformen und Beitrittskriterien voraussetze. Sie forderten die ukrainischen Behörden auf, so schnell wie möglich grundlegende Reformen einzuleiten, um die EU-Beitrittskriterien zu erfüllen. Die MdEP betonten, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten angesichts der russischen Aggression weiterhin Geschlossenheit zeigen. Sie forderten die Mitgliedstaaten auf, so bald wie möglich ein zehntes Paket von Sanktionen gegen Moskau zu verabschieden und kontinuierlich und proaktiv neue Sektoren und Personen vorzuschlagen, die ins Visier genommen werden sollten. Die MdEP forderten außerdem die Verhängung von Sanktionen gegen Unternehmen wie Lukoil und Rosatom, die immer noch auf dem EU-Markt präsent sind. Auch Beamte, die in eine Vielzahl illegaler Aktivitäten verwickelt sind, darunter Zwangsdeportationen und die Durchführung von gefälschten Referenden auf besetztem ukrainischem Gebiet, sollten mit Sanktionen belegt werden. In der Entschließung bekräftigten die MdEP schließlich ihre Forderung nach einem sofortigen und vollständigen Embargo für die Einfuhr von fossilen Brennstoffen und Uran aus Russland in die EU sowie nach der vollständigen Aufgabe der Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 in der Ostsee.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0029_DE.html

EP hebt Immunität der Abgeordneten Cozzolino und Tarabella auf

Im Zusammenhang mit dem Korruptionsskandal um Eva Kaili haben die MdEP am 02.02.2023 auf Ersuchen der belgischen Behörden die Immunität von MdEP Andrea Cozzolino (Fraktionslos, davor S&D/ITL) und MdEP Marc Tarabella (Fraktionslos, davor S&D/BEL) aufgehoben. Berichterstatterin war die GUE-Fraktionsvorsitzende MdEP Manon Aubry (GUE/FRA).

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0023_DE.html

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0024_DE.html

Plattformarbeiter: EP legt Verhandlungsmandat fest

Die MdEP haben sich am 02.02.2023 mit einer Mehrheit von 376 - 212 - 15 auf ihre Verhandlungsposition für Gespräche über neue Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für Arbeitnehmer auf digitalen Arbeitsplattformen geeinigt. Die neuen Regeln zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit sollen regeln, wie der Beschäftigungsstatus von Plattformarbeitern korrekt zu bestimmen ist und wie digitale Arbeitsplattformen Algorithmen und künstliche Intelligenz zur Überwachung und Bewertung von Arbeitnehmern nutzen können. Die Gespräche über die Richtlinie können beginnen, sobald die Mitgliedstaaten ihren eigenen Standpunkt festlegen, was sie noch nicht getan haben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230130IPR70206/plattformarbeiter-parlament-bereit-fur-verhandlungen-uber-arbeitsbedingungen>

Empfehlungen an die Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats

Das EP will europäische Betriebsräte stärken. Künftig soll es mehr Betriebsräte geben, und sie sollen wichtiger werden, fordert eine Entschließung, die am 02.02.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Dennis Radtke (EVP/DEU) mit einer Mehrheit von 385 – 118 – 99 angenommen wurde. Europäische Betriebsräte sind Gremien, die Arbeitnehmer eines internationalen Unternehmens vertreten. Sie sind notwendig, da Betriebsräte in deutschen Unternehmen in der Regel nur für Beschäftigte im Inland zuständig sind. Wenn Unternehmen immer europäischer und globaler agieren, muss die betriebliche Mitbestimmung entsprechend angepasst werden, erläuterte der Berichterstatter MdEP Dennis Radtke (EVP/DEU) das Anliegen seines Initiativberichts. Das EP spricht sich darüber hinaus im Rahmen des Berichts für abschreckende und verhältnismäßige Strafen aus, wenn etwa Unternehmen Regeln nicht einhalten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0028_DE.html

Außerordentliche EP-Plenarsitzung: Ansprache des ukrainischen Präsidenten Selenskyj

Am 09.02.2023 sprach der ukrainische Präsident Selenskyj während einer außerordentlichen Plenarsitzung vor dem EP in Brüssel. Die EP-Präsidentin Roberta Metsola eröffnete die Sitzung und sagte zu Selenskyj: „Wir verstehen, dass Sie nicht nur für Ihre Werte, sondern auch für unsere kämpfen.“ „Die Ukraine ist Europa und die Zukunft Ihres Landes liegt in der Europäischen Union“, fuhr Metsola fort und fügte hinzu, dass die EU der Ukraine den schnellstmöglichen EU-Beitrittsprozess ermöglichen und als nächsten Schritt die Langstreckensysteme und die Kampfflugzeuge bereitstellen sollte, die notwendig sind, um die Freiheit zu schützen, die zu viele Menschen für selbstverständlich gehalten haben. In seiner Ansprache an die MdEP betonte Präsident Selenskyj, dass Russland versuche, nicht nur die souveräne Ukraine, sondern auch die europäische Lebensweise zu vernichten. Er skizzierte, dass er Europa als einen auf Regeln, Werte, Gleichheit und Fairness gebauten Kontinent und Ort sieht, in dem die Ukraine klar zu Hause sei. Der Kreml hingegen tue sein Möglichstes, um die europäischen Werte zu zerstören, sagte Selenskyj und betonte, wie die Ukraine für Europa kämpfe und es vor dieser antieuropäischen Kraft beschütze. Er dankte allen Europäern, die die Ukraine im Kampf gegen den russischen Aggressor unterstützt haben und allen, die ukrainischen Flüchtlingen Ankunft in der EU geholfen haben. Mit Blick auf die Zukunft forderte Selenskyj Europa und die Ukraine auf, gemeinsam voranzugehen und eine gemeinsame europäische Zukunft zu definieren. Er betonte jedoch, dass wir Frieden und Sicherheit brauchen, damit Träume für unserer Kinder und Enkelkinder wahr werden. Diese Träume werde man nicht verwirklichen können, wenn diese antieuropäische Kraft nicht überwunden werden, die versucht, uns unser Europa zu stehlen, sagte er abschließend. Eine Aussprache fand nicht statt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-02-09-ITM-004_DE.html

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 31.01.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen in Brüssel statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Ausgleich der Bedürfnisse von lokalen Gemeinschaften, Unternehmern und Reisenden im Zusammenhang mit Kurzzeitvermietungen“, „Ziele und Instrumente für ein intelligentes ländliches Europa“ sowie „Nachhaltige Verwendung von Pestiziden“. Darüber hinaus fanden Meinungs austausche über folgende Arbeitsdokumente statt: „Krisenvorsorge und Krisenbewältigung: die Resilienz der Union und ihrer Regionen und Städte stärken“ sowie „Rahmenvorschriften für nachhaltige Lebensmittelsysteme“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2191889&meetingSessionId=2240767>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 01.02.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regionen, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen in Brüssel statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „die Zukunft der Östlichen Partnerschaft aus lokaler und regionaler Sicht“, sowie „Europäisches Medienfreiheitsgesetz“. Darüber hinaus fand ein Meinungs austausch zum Arbeitsdokument „Erweiterungspaket 2022“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192347&meetingSessionId=2241394>

AdR; 153. AdR-Plenarsitzung

Am 08./09.02.2023 fand das 153. AdR-Plenum statt. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Regionale Strategien zur Umstellung auf eine Niedrigemissions-Landwirtschaft“, „Verordnung über den europäischen Raum für Gesundheitsdaten“, „Fortschritte bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele“, „Überprüfungsbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität“, „Notfallinstrument für den Binnenmarkt“, „die Menschen an die erste Stelle setzen, nachhaltiges und integratives Wachstum sichern und das Potenzial der Gebiete in äußerster Randlage der EU erschließen“, „Schaffung eines günstigen Umfelds für die Sozialwirtschaft“, „die Reaktion der Städte und Regionen auf die Energiekrise: auf dem Weg zu einer echten europäischen Energieunion“, „Europäische Strategie für Pflege und Betreuung“, „EU-Ziele für die Wiederherstellung der Natur“, sowie „ein angemessenes Mindesteinkommen zur Gewährleistung der sozialen Inklusion: die lokale und regionale Perspektive“. Darüber hinaus fanden folgende Aussprachen statt: mit Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission für ein Europa für das digitale Zeitalter, mit Amina J. Mohammed, stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen und Vorsitzende der Gruppe der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, mit Nicolas Schmit, für Beschäftigung und soziale Rechte zuständiges Mitglied der Kommission, mit Dragoş Pîslaru (ROM/RN), Vorsitzender des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EP sowie mit Maroš Šefčovič, für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau zuständiger Vizepräsident der Kommission.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2191166&meetingSessionId=2239716>

EuGH; Urteil zur Offenlegung von Beweismitteln, die in den Akten einer Wettbewerbsbehörde enthalten sind

Mit Urteil vom 12.01.2023 entschied der EuGH in der Rechtssache C-57/21, dass ein nationales Gericht (hier das Gericht in CZR) die Offenlegung von Beweismitteln für die Zwecke eines Schadensersatzverfahrens im Zusammenhang mit einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht anordnen kann. Dies gilt laut EuGH auch dann wenn das Verfahren ausgesetzt wurde, weil die Kommission eine Untersuchung in Bezug auf die o.a. mutmaßliche Zuwiderhandlung eingeleitet hat. Die Offenlegung muss aber tatsächlich erforderlich und verhältnismäßig für die Beurteilung des fraglichen Schadensersatzantrages sein. Allerdings legte der EuGH dar, dass eine Aussetzung des nationalen Verfahrens dem nationalen Gericht nicht ermöglicht, die Offenlegung von Beweismitteln anzuordnen, deren Vorlage von der Voraussetzung abhängt, dass die zuständige Wettbewerbsbehörde das bei ihr anhängige Verfahren beendet. Es geht bei dem Urteil um eine Auslegung der Richtlinie 2014/104, die die mitgliedstaatlichen Vorschriften über die Offenlegung von angeforderten Beweismitteln für die Zwecke von Schadensersatzklagen harmonisiert.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-57/21>

Kommission; neuer Transformationspfad zur Unterstützung des grünen und digitalen Wandels in der chemischen Industrie

Am 27.01.2023 veröffentlichte die Kommission einen Übergangspfad für die chemische Industrie, der die Ausarbeitung eines Business Case und eines Fahrplans für Investitionen in sichere und nachhaltige Chemikalien unterstützen soll bei gleichzeitiger Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Zusammenarbeit im Bereich der Innovation soll gefördert werden, Informationen gesammelt werden, die Diversifizierung von Rohstoffen unterstützt werden sowie die Versorgung mit sauberer Energie durch Elektrifizierung, Wasserstofferzeugung und Abfallwiederverwendung verbessert werden.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/sectors/chemicals/transition-pathway_en

Kommission; Genehmigung des Erwerbs der gemeinsamen Kontrolle von Quats Business durch Clariant und Wilmar

Am 30.01.2023 genehmigte die Kommission gemäß den EU-Fusionskontrollvorschriften den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über den Quats Bereich von Clariant, Quats Business, durch Clariant International Ltd. und Wilmar International Ltd. über ihr Gemeinschaftsunternehmen Global Amines Company Pte. Ltd (GAC). Die Quats Sparte entwickelt und produziert quaternäre Amoniumverbindungen (Quats) und in kleinem Umfang Zwischenprodukte für die Herstellung von Quats. Clariant, mit Sitz u.a. in Frankfurt am Main und Sulzbach, ist in der Produktion und Vertrieb von kationischen Tensiden tätig, Wilmar in der Produktion und Vertrieb von Fettsäuren und Fettalkoholen und GAC in der Produktion und im Vertrieb von Amininen, nichtionischer, kationische und amphotere Tenside. Die Übernahme führt laut Kommission zu keinen wettbewerbsrechtlichen Verzerrungen, da die kombinierte Marktstellung der Unternehmen durch die geplante Übernahme begrenzt sei.

https://ec.europa.eu/competition/mergers/cases1/202305/M_10964_8913332_174_3.pdf

Kommission; Veröffentlichung des Jahresberichts 2023 über den Binnenmarkt und des Binnenmarktanzeigers 2022

Am 31.01.2023 veröffentlichte die Kommission den Jahresbericht 2023 über den Binnenmarkt sowie den Binnenmarktanzeiger 2022. Die Berichte bestätigen, dass der Binnenmarkt ein wichtiges Instrument darstellt, um akute Herausforderungen in Europa zu bewältigen und die Wichtigkeit, die Funktionsweise zu verbessern und die Auswirkungen des Binnenmarkts in Form eines erhöhten Mehrwerts für die EU-Wirtschaft hervorzuheben. Der Binnenmarktbericht analysiert die Integration des Binnenmarktes und auf welche Weise er Europa hilft, aktuelle Krisen zu bewältigen und den grünen und digitalen Wandel zu unterstützen. Der Binnenmarktanzeiger 2022 gilt einen Überblick über die Anwendung der EU-Binnenmarktvorschriften im EU-Wirtschaftsraum. Der Fokus des Binnenmarktanzeigers wird auf Fortschritte bei der Umsetzung des EU-Rechts, allgemeine Geschäftsbedingungen, Integration des Binnenmarktes und andere politische Ziele wie Wachstum und Beschäftigung, Widerstandsfähigkeit, digitale und grüne Wirtschaft gesetzt.

<https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2023-01/ASMR%202023.pdf>

https://single-market-scoreboard.ec.europa.eu/enforcement-tools/eu-pilot_en

Kommission; Bericht über die Umsetzung der Europäische Struktur- und Investitionsfonds (ESI Fonds)

Am 31.01.2023 verabschiedete die Kommission den zusammenfassenden Bericht 2022 über die Umsetzung der ESI-Fonds als wichtigstes Investitionsinstrument des EU-Haushalts im Investitionszeitraum 2014-2020. Der Bericht zeigt auf, dass die ESI-Fonds im Zeitraum 2014 bis 2020 Investitionen in Höhe von insgesamt 731 Mrd. EUR (einschließlich der Mittel im Rahmen von REACT-EU und der Ausweitung der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik) ausgelöst haben, von denen 535 Mrd. EUR von der EU finanziert wurden, um die dauerhafte sozioökonomische Konvergenz, den territorialen Zusammenhalt, das soziale Europa und einen grünen und digitalen Übergang zu fördern. Die ESI-Fonds erzielten u.a. einen großen Erfolg bei der Unterstützung von mehr als 4 Mio. kleinen und mittelständischen Unternehmen, bei Hilfeleistungen für 55,2 Mio. Menschen bezüglich Arbeitsplätzen, sozialer Integration und Bildung und bei der Erhöhung der Energieerzeugungskapazität und der Stärkung von erneuerbaren Energien. Die ESI-Fonds hätten nach Auffassung der Kommission an vorderster Front bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten und Regionen bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen gestanden.

https://ec.europa.eu/regional_policy/information-sources/publications/reports/2023/summary-report-2022-on-the-implementation-of-the-european-structural-and-investment-funds_en

Kommission; Einsetzung einer Reflexionsgruppe zur EU-Kohäsionspolitik nach 2027

Am 31.01.2023 setzte die Kommission eine hochrangige Reflexionsgruppe zur Kohäsionspolitik nach 2027 ein. Diese soll sich mit den größten Herausforderungen des 8. Kohäsionsberichts befassen wie Innovationskluft oder demografischem Wandel. Sie soll prüfen, auf welche Weise das Hauptziel des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts der EU erreicht werden kann und gleichzeitig zum digitalen und grünen Wandel beigetragen werden kann. Den Vorsitz hat Professor Andres Rodriguez-Pose von der London School of Economics. Mitglieder aus DEU sind u.a. die ehemalige MdEP Constanze Krehl (S&D/DEU) sowie die ehemalige MdEP Helga Trüpel (Grüne/DEU).

https://ec.europa.eu/regional_policy/policy/how/future-cohesion-policy_en

Kommission; „Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“

Am 01.02.2023 legte die Kommission den „Industrieplan für den Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“ vor. Dieser soll als Teil des „Europäischen Green Deals“ die Umsetzung von Ambitionen bezüglich Klimaneutralität in Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen sicherstellen. Die EU soll dabei eine Vorreiterrolle im Zeitalter der Netto-Null Industrie einnehmen. Der Plan baut auf vier Säulen auf: der Schaffung eines vorhersehbaren und vereinfachten regulatorischen Umfelds, dem schnelleren Zugang zu ausreichenden Finanzmitteln, der Stärkung der Fähigkeiten und dem offenen Handel für widerständige Lieferketten. Die erste Säule zielt darauf ab, günstigere Bedingungen für Unternehmen zu schaffen, hochwertige Arbeitsplätze zu bieten und ein hohes Schutzniveau für unsere Umwelt zu gewährleisten. Dazu wurde auch ein Wettbewerbsfähigkeitscheck für alle Rechtsvorschriften eingeführt, um potentielle Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit zu berücksichtigen. Die Kommission plant drei Legislativvorschläge. Der „Net-Zero Act“ soll die industrielle Fertigung von Schlüsseltechnologien in der EU zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele unterstützen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Der „Legislativvorschlag über kritische Rohstoffe“ soll die Versorgungssicherheit der EU gewährleisten und eine Reform des Strommarktdesigns soll vor dem Hintergrund der hohen Energiepreise und der damit verbundenen Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Unterbrechung von Lieferketten die Industrie unterstützen und bei Erreichung der Ziele in Richtung einer Netto-Nullenergieversorgung helfen. Die zweite Säule soll den Zugang zu Finanzmitteln für die Netto-Null Wirtschaft erweitern und beschleunigen. Die dritte Säule zielt darauf ab, der durch den grünen Wandel verursachten Nachfrage nach neuen Qualifikationen entgegenzutreten. Die vierte Säule zielt darauf ab, die globale Zusammenarbeit und den Handel für den grünen Übergang nutzbar zu machen auf der Grundlage fairen Wettbewerbs und offenen Handels.

https://commission.europa.eu/system/files/2023-02/COM_2023_62_2_EN_ACT_A%20Green%20Deal%20Industrial%20Plan%20for%20the%20Net-Zero%20Age.pdf

Kommission; Konsultation der Mitgliedstaaten zum Vorschlag für einen Befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels

Am 01.02.2023 legte die Kommission den Mitgliedstaaten einen Entwurf eines Vorschlags zur Konsultation vor, durch den aus dem bisherigen Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen ein befristeter Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels werden soll. Der neue Beihilferahmen soll zur zweiten Säule des Industrieplans für den Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter beitragen, der einen beschleunigten Zugang von EU-Unternehmen zu Finanzmitteln beinhaltet. Der Vorschlag soll den Ausbau erneuerbarer Energien und die Dekarbonisierung der Industrie erleichtern, indem der Ausbau aller erneuerbarer Energien unterstützt wird, Beihilfen für weniger ausgereifte Technologien wie erneuerbarer Wasserstoff ohne Ausschreibung gewährt werden und die Beihilfeobergrenzen angehoben werden und durch eine Vereinfachung der Beihilfeberechnung Anreize für Investitionen geschaffen werden sollen, um Emissionen zu verringern. Durch Investitionen in die Herstellung strategischer Ausrüstung, die den Übergang zur Klimaneutralität unterstützt, soll der Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft beschleunigt und die aktuelle Energiekrise überwunden werden. Die Mitgliedstaaten sollen in Sektoren, die für den ökologischen Wandel bedeutend sind, insbesondere bei der Herstellung von Batterien, Solarpaneelen oder Wärmepumpen, unterstützt werden, um eine Umlenkung von Investitionen in diese Sektoren in Drittstaaten zu vermeiden.

https://commission.europa.eu/system/files/2023-02/COM_2023_62_2_EN_ACT_A%20Green%20Deal%20Industrial%20Plan%20for%20the%20Net-Zero%20Age.pdf

Kommission; Genehmigung der Übernahme von Emerson durch Blackstone

Am 02.02.2023 genehmigte die Kommission die Übernahme von Emerald JV Holdings L.P. (Emerson) durch Blackstone Inc. gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung. Die Übernahme führe zu keinen wettbewerbsrechtlichen Bedenken, da es weder horizontale Überschneidungen noch vertikale Verbindungen zwischen den Tätigkeiten der Unternehmen im EU-Wirtschaftsraum gebe. Emerson ist im Bereich Klimatechnik von Gebäuden der Emerson Electric Co. mit Produkten sowie Dienstleistungen in Heizung, Lüftung und Klima- und Kältetechnik tätig. Blackstone ist ein US-amerikanischer Vermögensverwalter mit u.a. Sitz in Frankfurt am Main.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10989

EuRH; Sonderbericht zur Kohäsionspolitik als Instrument der Krisenbewältigung

Der EuRH legte am 02.02.2023 den „Sonderbericht 02/2023: Anpassung der Vorschriften für die Kohäsionspolitik zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie“ vor, in dem er die Kohäsionspolitik als Instrument zur Krisenbewältigung hinterfragt. Die EU-Vorschriften seien zwar rasch angepasst worden und den Mitgliedstaaten konnten mehr Flexibilität beim Einsatz von Kohäsionsmitteln zur Bewältigung der COVID 19-Pandemie ermöglicht werden, jedoch befürchtet der EuRH als Folge eine Vernachlässigung des vorrangigen strategischen Ziels der Verringerung der Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=63210>

EuGH; Teilweise Nichtigerklärung des Beschlusses der Kommission zu dem ESP „True-Lease-Modell“

Mit Urteil vom 02.02.2023 erklärte der EuGH in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 649/20, C 658/20 und C 662/20 P den Beschluss der Kommission bezüglich des ESP „True Lease Modells“ teilweise für nichtig. Der EuGH urteilte, dass der streitige Beschluss der Kommission für nichtig zu erklären sei, soweit damit auf der Grundlage einer fehlerhaften Bestimmung der Begünstigten angeordnet wurde, die Beihilfe in voller Höhe von den durch sie Begünstigten zurückzufordern. Die Weitergabe von Steuervorteilen an Reedereien durch Investoren hätte berücksichtigt werden müssen. Mit Urteil vom 23.09.2020 hatte das Gericht der EU (nach Zurückverweisung der Sache durch den EuGH) festgestellt, dass die spanische Steuerregelung für bestimmte von Werften geschlossene Finanzierungs-Leasingvereinbarungen eine Beihilferegulung darstelle. Die in diesem Rahmen gewährten rechtswidrigen staatlichen Beihilfen seien von ihren Empfängern zurückzufordern. Gegen das Urteil hatte u.a. ESP beim EuGH Rechtsmittel eingereicht.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-649/20>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-658/20>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-662/20>

Kommission; Entwurf einer Durchführungsverordnung zu Subventionen aus Drittstaaten, die den Wettbewerb verzerren

Am 06.02.2023 eröffnete die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung, mit der drittstaatliche Subventionen derselben Kontrolle wie EU-Beihilfen unterworfen werden sollen. Mit der im Juni 2022 verabschiedeten Verordnung wurde der Kommission die Befugnis übertragen, Verfahrensvorschriften

zur Durchsetzung dieser Vorschriften zu erlassen. Der Entwurf der Durchführungsverordnung legt die erforderlichen Angaben für Verfahren für die Anmeldung von Zusammenschlüssen und für Öffentliche Vergabeverfahren fest, stellt Regeln für die Berechnung von Fristen auf und sieht Verfahrensregeln für Vorprüfungen und eingehende Prüfungen, wenn Verdacht auf wettbewerbswidrige drittstaatliche Subventionen besteht, vor. Die Rückmeldefrist endet am 06.03.2023.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13602-Subventionen-aus-Drittstaaten-die-den-Wettbewerb-verzerren-Regeln-fur-das-Bewertungsverfahren_de

Kommission; Neuer Handels- und Technologierat zwischen Indien und der EU

Nach Ankündigung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem indischen Premierminister Narendra Modi am 25.04.2022 gründete die Kommission zusammen mit Indien am 06.02.2023 einen neuen Handels- und Technologierat. Vorsitzende sind Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager und Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis sowie der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar, der indische Handels- und Industrieminister Piyush Goyal und Ashwini Vaishnaw, der indische Minister für Elektronik und Informationstechnologie. Der Handels- und Technologierat soll die politische Steuerung und Struktur zur Koordinierung der Ziele, Sicherheit, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung auf Grundlage von gemeinsamen Werten bereitstellen. Der Fokus soll vor allem auf die Zusammenarbeit in kritischen Bereichen wie Konnektivität, grüne Technologien und widerstandsfähige Lieferketten gelegt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_596

EuG; Nichtigklärung des Beschlusses der Kommission über die Rechtmäßigkeit der gewährten Beihilfen am internationalen Flughafen Timișoara zugunsten von Wizz Air

Mit Urteil in der Rechtsache T-522/20 vom 08.02.2023 erklärte das EuG den Beschluss der Kommission vom 24.02.2020, mit dem die gewährten Beihilfen von ROM am internationalen Flughafen von Timișoara zugunsten von Wizz Air für rechtmäßig erklärt wurden, für nichtig, soweit im Beschluss festgestellt wird, dass die im Luftfahrthandbuch von 2010 verzeichneten Flughafengebühren und die Vereinbarungen von 2008, einschließlich der Änderungsvereinbarungen von 2010, keine staatlichen Beihilfen darstellten. Mit o.a. Beschluss genehmigte die Kommission Fördermittel, die ROM von 2007 bis 2009 dem drittgrößten Flughafen Timișoara in ROM gewährt hatte. Außerdem genehmigte sie Flughafengebühren von 2007, 2008 und 2010 samt Rabatten sowie bestimmte Vereinbarungen zwischen dem Flughafenbetreiber und Wizz Air aus dem Jahr 2008. Die Kommission verneinte dabei weitgehend das Vorliegen staatlicher Beihilfen, im Übrigen hielt sie sie für zulässig. Die Regionalfluggesellschaft Carpatair SA in ROM erhob Klage auf Nichtigklärung dieses Beschlusses. Das EuG urteilte nunmehr, dass die Kommission mehrere Fehler bei der Prüfung der Selektivität und der Vorteilhaftigkeit der betreffenden Maßnahmen gemacht habe.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-522/20>

V e r k e h r

Kommission; Unterstützung von zehn EU-Pilotprojekten zur Förderung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs

Am 31.01.2023 kündigte die Kommission die Unterstützung von zehn Pilotprojekten an, die vorsehen, neue grenzüberschreitende Bahnverbindungen einzurichten oder bestehende zu verbessern. Dadurch sollen zusätzliche Zugverbindungen zwischen großen EU-Städten wie Paris, Amsterdam, Barcelona, München oder Rom ermöglicht werden. Die Projekte sollen noch vor Beginn des Sommers umgesetzt werden. Die Vorschläge wurden als Antwort auf den Aktionsplan zur Förderung des Schienenpersonenverkehrs auf Fern- und grenzüberschreitenden Strecken der Kommission vom 14.12.2021 vom Schienenverkehrssektor und Behörden eingereicht.
https://transport.ec.europa.eu/news/connecting-europe-train-10-eu-pilot-services-boost-cross-border-rail-2023-01-31_en

E n e r g i e

EuRH; Sonderbericht über unzureichende Fortschritte des EU-Binnenmarkts für Strom

Am 31.01.2023 veröffentlichte der EuRH den „Sonderbericht 03/2023: Integration des Elektrizitätsbinnenmarkts“. Dieser kritisiert, dass trotz ehrgeiziger Pläne und Anstrengungen die EU bei ihrem 1996 entworfenen Ziel der Vernetzung der Strommärkte für niedrigere Strompreise für Unternehmen und Privatverbrauchern nur langsam Fortschritte mache. Bei der Kopplung der nationalen Strommärkte sei es immer wieder zu Verzögerungen gekommen, da strukturelle Schwächen auf der EU-Ebene sowie ein komplexes System von Regulierungsinstrumenten für grenzüberschreitenden Handel die Umsetzung der Marktregeln behindert hätten. Die Überwachungsmaßnahmen hinsichtlich Marktmissbrauchs und Marktmanipulation seien unzureichend gewesen. Das Hauptrisiko sei auf die Endverbraucher abgewälzt worden. Insbesondere in der aktuellen Energiekrise sei es wichtig, die Ambitionen zur Vernetzung der Strommärkte weiter voranzutreiben.

https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/insr23_03/insr_energy_union_de.pdf

EuG; Nichtigerklärung der Klage der Aquind Gruppe bezüglich der Aufnahme in die EU-Liste der Vorhaben von gemeinsamen Interessen

Mit Urteil vom 08.02.2023 wies das EuG in der Rechtssache T-295-20 die Klage der Aquind Ltd., Aquind SAS und Aquind Energy Sarl (Aquind Gruppe), Vorhabenträgerinnen für eine Verbindungsleitung für Elektrizität zwischen GBR und FRA (Aquind Verbindungsleitung), in vollem Umfang ab. Der EuGH stellt fest, dass der betroffene Mitgliedstaat (MS) über die Entscheidungsgewalt, ob ein Vorhaben auf seinem Gebiet auf der Grundlage der Verordnung Nr. 347/2013 in die Liste der Vorhaben von gemeinsamen Interesse der EU (PCI) aufgenommen wird oder nicht, und demnach über ein Ermessen in dieser Angelegenheit verfügt. Die Kommission habe keine Befugnis, diese Entscheidung des MS zu korrigieren. Ebenso wenig sei aber auch das Gericht befugt, diese Frage selbst zu prüfen. Das hier vom Rechtsstreit betroffene Vorhaben wurde 2018 durch die delegierte Verordnung 2018/540 in die PCI aufgenommen, 2020 durch die Verordnung 2020/389 bei der Erneuerung der Liste jedoch nicht wiederaufgenommen. Die Klägerinnen beehrten die Nichterklärung der angefochtenen Verordnung, soweit die Aquind Verbindungsleitung nicht mehr Teil der PCI ist.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-295/20>

Digital

Kommission; European Digital Innovation Hub für Hessen

Hessen erhält ein von der Kommission gefördertes „Digital Innovation Hub“. Es hat am 01.02.2023 seine Arbeit aufgenommen. Ein von der Landesregierung unterstütztes südhessisches Konsortium unter Koordination des House of Digital Transformation e.V. (HoDT) (weitere Mitglieder: Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie SIT, GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung in Darmstadt, Hessisches Zentrum für Künstliche Intelligenz hessian.AI, Mittelstand-Digital Zentrum Darmstadt sowie TechQuartier) hat mit seinem Projekt EDITH – „Enabling Digital Transformation in Hesse“ („Digitale Transformation in Hessen ermöglichen“) erfolgreich an dem europaweiten Ausschreibungswettbewerb teilgenommen. Die gesamte Finanzierungssumme beträgt knapp 5 Mio. EUR für drei Jahre, von denen die Konsortialmitglieder 50% entrichten. Bei positiver Evaluierung wird die Förderung auf Basis eines Folgeantrags um weitere vier Jahre verlängert. Digital Innovation Hubs (EDIH) werden auf Grundlage des EU-Förderprogramms Digitales Europa 2021-2027 geschaffen. Es sieht u.a. vor, ein europaweites und flächendeckendes Netzwerk aus EDIHs aufzubauen. Diese sollen insbesondere KMUs bei der digitalen Transformation in wichtigen Technologiebereichen unterstützen. Der Fokus des hessischen EDIH legt auf Digitalisierung im Mittelstand mit den Schlüsseltechnologien Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit und High Performance Computing. Weiterhin wird es Angebote zu Smart Region und Smart Governance geben.

<https://hodt-hessen.de/edith/>

Kommission; Workshops zur Umsetzung des Digital Markets Act (DMA)

Die Kommission führt im Zusammenhang mit der Umsetzung des Digital Markets Act (DMA) weitere technische Workshops für interessierte Kreise durch. Der DMA war am 01.11.2022 in Kraft getreten und soll unlautere Praktiken sehr großer Online-Plattformen, sog. Torwächter, unterbinden. Ein Workshop am 27.02.2023 wird sich insbesondere auf die rechtliche Bestimmung zur Interoperabilität zwischen Messenger-Diensten konzentrieren und dabei speziell auf Themen wie Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, Sicherheit und Benutzeridentifizierung in verschiedenen E-Mail-Diensten eingehen. Der zweite Workshop am 06.03.2023 wird sich auf die Bestimmungen für App-Stores konzentrieren und dabei speziell auf Fragen zu alternativen In-App-Zahlungssystemen, Pilotierung und Sideloading eingehen. Anmeldungen für die Teilnahme vor Ort sind bis zum 16.02.2023 möglich. Für die Online-Teilnahme endet die Anmeldefrist am 22.02.2023. Ein erster Workshop zum Thema Selbst-Bevorzugung hatte am 05.12.2022 stattgefunden.

https://competition-policy.ec.europa.eu/dma/dma-workshops_en

Kommission; Leitlinien zur Umsetzung des Digital Services Act (DSA)

Die Kommission hat am 01.02.2023 Leitlinien für die Meldepflichten von Online-Plattformen und Suchmaschinen nach dem Digital Services Act (DSA) veröffentlicht. Der DSA, als Verordnung (EU) 2022/2065 im November 2022 in Kraft getreten, verpflichtet Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen bis zum 17.02.2023 die Zahl ihrer aktiven Endnutzer zu veröffentlichen. Danach müssen sie mindestens einmal alle sechs Monate ihre Nutzerzahlen melden. Die nun veröffentlichten Leitlinien sollen die Unternehmen bei der Umsetzung dieser Pflicht unterstützen, allerdings sind sie rechtlich unverbindlich. Anhand der gemeldeten Zahlen will die Kommission feststellen, ob die Anbieter von Online-Diensten zu den „sehr großen Online-Plattformen“ (VLOP) oder „sehr großen Online-Suchmaschinen“ (VLOSE) im Sinne

des DSA gehören. Das ist der Fall, wenn die veröffentlichten Zahlen zeigen, dass die Dienste mehr als 10% der EU-Bevölkerung (45 Mio. Nutzerinnen und Nutzer) erreichen. Dann unterliegen sie zusätzlichen Verpflichtungen, wie z.B. der Erstellung einer Risikobewertung.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/dsa-guidance-requirement-publish-user-numbers>

Kommission; Roaming-Vereinbarung für die Ukraine verlängert

Die Kommission hat am 31.01.2023 mitgeteilt, dass sieben ukrainische und 20 europäische Telekommunikationsanbieter eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet haben, nach der die freiwilligen Maßnahmen zur Reduzierung des Roamings für ukrainische Geflüchtete um weitere sechs Monate verlängert werden. Auch haben sich weitere Anbieter der Initiative angeschlossen. Niedrigere Interoperator-Preise, d.h. Großkundenentgelte für den Zugang zu den Netzen der anderen Betreiber, ermöglichen es den Anbietern, den Verbraucherinnen und Verbrauchern grenzüberschreitende Anrufe zu einem erschwinglichen Preis anzubieten. So soll es den Geflüchteten erleichtert werden, mit der Heimat in Kontakt zu bleiben. Die Initiative war im April 2022 gestartet worden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/roaming-ukraine-new-statement-signed-ensure-ukrainian-refugees-can-stay-connected>

F o r s c h u n g

Kommission; European Universities; Förderung für zwei hessische Projekte;

Am 31.01.2023 hat die Kommission (Generaldirektion Bildung und Kultur) die Ergebnisse zu den jüngsten Ausschreibungen rund um die Europäischen Hochschulnetzwerke bekannt gegeben. Für die künftige Arbeit der sog. European Universities hatte die Kommission zwei Ausschreibungen veröffentlicht. Die Kommission hat sechs Projektkonsortien ausgewählt, die ein Gütesiegel für gemeinsame europäische Hochschulabschlüsse erarbeiten, prüfen und testen sollen. Die von der Kommission diesbezüglich geplanten „Joint European Degrees“ sollen bestehende Abschlüsse ergänzen, die Studierende im Rahmen von gemeinsamen Studiengängen erwerben, welche aus der transnationalen Zusammenarbeit mehrerer Hochschuleinrichtungen hervorgehen. Die h_da (Hochschule Darmstadt) hat mit dem Konsortium „JEDI“ mit 15 weiteren Hochschulpartnern den Zuschlag für ein solches von der Kommission gefördertes Projekt erhalten. Zum anderen hatte die Kommission Projekte zur stärkeren institutionellen Kooperation ausgeschrieben. Die Kommission hat nun vier Projekte ausgewählt, die es Allianzen ermöglichen sollen, neue Formen der EU-weiten Kooperation zu erproben, z.B. auf Basis eines neuen europäischen Rechtsstatus. Auch hier hat ein Konsortium unter hessischer Beteiligung einen Zuschlag erhalten: abermals war die h_da mit ihrer Hochschulallianz EU+ erfolgreich (Projekttitle: „STYX“). Ziel eines solchen von der Kommission anvisierten Rechtsstatus ist es u.a., den Allianzen „auf freiwilliger Basis den benötigten Spielraum zu geben, gemeinsam zu handeln, gemeinsame strategische Entscheidungen zu treffen, gemeinsame Einstellungsverfahren zu erproben, gemeinsame Lehrpläne zu entwerfen“. Für jedes ausgewählte Pilotprojekt stehen bis zu 200.000 EUR aus dem Programm Erasmus+ zur Verfügung.

https://education.ec.europa.eu/sites/default/files/2023-01/Selected_projects_pilot_call_joint_european_degree_label.pdf

Kommission; ERC; Forschungsrat; neue Förderungen; hessische Grants

Am 31.01.2023 hat die Kommission die neuen Ergebnisse der letzten Auswahlrunde für „ERC Consolidator Grants“-Forschungsprojekte bekannt gegeben. Diese Grants werden aus Mitteln des Europäischen Forschungsrats (ERC) gefördert. Der ERC ist ein fest etablierter Pfeiler der Exzellenzförderung in der ersten Säule von Horizont Europa. Europaweit werden nun 321 Projekte mit 657 Mio. EUR gefördert. Der ERC unterstützt exzellente Forschende, die nach ihrer Promotion über sieben bis zwölf Jahre Erfahrung verfügen, ihre vielversprechendsten Ideen zu verfolgen. Die Grants werden in wissenschaftliche Projekte investiert, die alle Forschungsdisziplinen von den Ingenieurwissenschaften über die Biowissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften umfassen. Unter den Geförderten befinden sich Forschende aus 37 Ländern, allen voran aus DEU (52 Forschende), ITL (32) und FRA (31). Für diese Aufforderung hatten sich 2.222 Forschende beworben. Vier Grants gehen nun nach Hessen, davon drei für Forschende der Technischen Universität (TU) Darmstadt. Sie gehen an: Prof. Dr. rer. nat. Leopoldo Molina-Luna von der Fachgruppe Elektronenmikroskopie, Prof. Thomas Wallis, Ph.D. vom Fachbereich Humanwissenschaften, Prof. Eva Kassens-Noor, Ph.D., Leiterin des Instituts für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik. Zudem wird Dr. Hiroshi Ito vom Max Planck Institute for Brain Research in Frankfurt gefördert. Diese Grants sind mit bis zu zwei Mio. EUR dotiert.

<https://ec.europa.eu/newsroom/representations/redirection/item/774867/de/188>

Kommission; Forschung; Quantentechnologie; Neue Roadmap

Am 26.01.2023 hat die Kommission einen Bericht veröffentlicht, in dem die Ergebnisse der Flagship-Initiative zu Quantentechnologien während der Anlaufphase 2018-2022 zusammengefasst sind. Der Bericht resümiert: Mit 25 Ausgründungen, 105 angemeldeten Patenten und 65 bereits erteilten Patenten seien die Chancen der Quantentechnologien für Start-ups sowie das Potenzial der europäischen Quantenindustrie groß, gerade auch für Bürgerinnen und Bürger, die Industrie und die Sicherheit der EU. Die Quanten-Initiative wurde 2018 lanciert, um Forschungs- und Innovationsaktivitäten im Bereich der Quantentechnologien über einen Zeitraum von zehn Jahren mit einem Budget von rund 1 Mrd. EUR zu unterstützen. An der Umsetzung dieser Initiative sind verschiedene Akteure aus Wissenschaft, Industrie und Politik beteiligt. Bisher wurden 21 Projekte gefördert, die sich mit der Grundlagenforschung im Bereich Quanten befassen oder die folgenden vier Hauptbereiche der angewandten Quantenforschung abdecken: Quantenkommunikation, Quanteninformatik, Quantensimulation sowie Quantensensorik und –metrologie. Die strategische Forschungs- und Industrieagenda (SRIA) zeigt Synergien mit anderen europäischen Initiativen auf, wie z. B. dem Europäischen Gemeinsamen Unternehmen für Hochleistungsrechnen (Euro HPC JU) oder dem European Chips Act. Für den Förderzeitraum bis 2027 ist laut dem Bericht geplant, rund 20 weitere Projekte mit ca. 500 Mio. EUR aus dem Forschungsrahmenprogramm zu fördern.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/eus-quantum-technologies-flagship>

Kommission; Forschungsk Kooperation mit der Ukraine; neues Horizont-Europa-Büro

Am Rande des EU-Ukraine-Gipfels hat die Kommission am 02.02.2023 die bevorstehende Eröffnung eines Horizont Europa Büros in Kiew angekündigt. Die Einrichtung, die noch in diesem Jahr eröffnet werden soll, werde von der Ukrainischen Nationalen Forschungsstiftung betrieben. Dieses EU-Ukraine-Verbindungsbüro wird die Aktivitäten der nationalen Horizont Europa-Kontaktstellen in der Ukraine unterstützen. Darüber hinaus soll es Forschungs- und Innovationsnetzwerke im Land

und den Austausch zwischen ukrainischen und europäischen Forschungsgemeinschaften unterstützen. Ziel ist die Förderung der Teilnahme der ukrainischen Forschungscommunity an Horizont Europa, v.a. durch die Vermittlung von Möglichkeiten zur Teilnahme am Rahmenprogramm und durch technische Unterstützung. Seit dem 09.06.2022 ist die Ukraine an das EU-Forschungsrahmenprogramm assoziiert. Im Januar 2023 war die ukrainische Forschungscommunity trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine an 49 Horizont-Finanzhilfen mit einer Nettofinanzierung durch die EU in Höhe von rund 13 Mio. EUR beteiligt.

<https://op.europa.eu/o/opportal-service/download-handler?identifier=143be8b9-a3b2-11ed-b508-01aa75ed71a1&format=pdf&language=en&productionSystem=cellar&part=>

Rat; Forschung; Informeller Forschungsrat; Offene Wissenschaft; Infrastrukturen;

Am 08.02.2023 hat unter schwedischem Ratsvorsitz der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung in informeller Sitzung in Stockholm getagt. Die Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister kamen zusammen, um sich v.a. über die Themenkomplexe Offene Wissenschaft (Open Science), freier Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen sowie zu Forschungsinfrastrukturen auszutauschen. Der Begriff Open Science bündelt Strategien und Verfahren, die darauf abzielen, alle Bestandteile des wissenschaftlichen Prozesses über das Internet offen zugänglich und nachnutzbar zu machen. Der schwedische Bildungsminister Mats Persson erklärte für den Ratsvorsitz, dass der sofortige offene Zugang zu begutachteten Forschungspublikationen unter offenen Lizenzen der Standard sein solle. Seit langem werde daran gearbeitet, Publikationen im Internet offen zu veröffentlichen, und der Anteil der offen veröffentlichten Artikel sei allmählich gestiegen. Es gebe jedoch noch Herausforderungen, die gelöst werden müssten, z.B. die hohen Kosten für die Veröffentlichung und das Lesen von Artikeln. Ein weiteres Problem sei die Tatsache, dass einige Zeitschriften nicht über ausreichende Verfahren zur Sicherung der Qualität der Veröffentlichungen verfügten. Die Ratsdelegationen erörterten auch, wie die Nutzung von Forschungsdaten aus Forschungsinfrastrukturen gestärkt und ausgebaut werden könne. Der schwedische Ratsvorsitz resümierte, dass die Umsetzung der FAIR-Grundsätze (Findable, Accessible, Interoperable and Reusable - auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar) in allen Forschungsergebnissen und über alle Disziplinen hinweg eine bedeutende Aufgabe sei. Ein wesentlicher Aspekt sei der Anteil der zugänglichen Forschungsdaten.

<https://swedish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/research-ministers-discussed-research-infrastructures-and-open-science/>

Finanzdienstleistungen

EZB und EBA: Nächster Bankenstresstest unter bisher ausgeprägtestem Krisenszenario

EBA und EZB haben am 31.01.2023 ihre turnusmäßigen Stresstests angekündigt. Angesichts der geopolitischen Risiken werden sie mit dem bisher ausgeprägtesten Krisenszenario in der Geschichte der EU-Bankenaufsicht stattfinden. Des Weiteren wird die Gruppe der dem Stresstest unterzogenen Institute ausgeweitet: Die von der EBA koordinierten Stresstest werden dieses Jahr die 70 (2021: 50) größten Banken in der EU treffen, die rund 75% (2021: 50%) der Risikoaktiva auf sich vereinigen. Die EZB hat darüber hinaus angekündigt, bei 42 weiteren Banken, die nicht vom EBA-Stresstest betroffen sind, vergleichbare Prüfungen im Rahmen des Supervisory

Review and Evaluation Process (SREP) durchzuführen. Von den Stresstests sind damit insgesamt 20 in Deutschland ansässige Institute betroffen.

<https://www.eba.europa.eu/eba-launches-2023-eu-wide-stress-test-0>

EZB: SREP 2022 – Keine signifikanten Veränderungen bei den Säule-2-Eigenkapitalanforderungen

Die EZB hat am 08.02.2023 die Ergebnisse des Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) des Jahres 2022 veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen, dass die Banken die bisherigen Herausforderungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine gut weggesteckt haben und über eine solide Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung verfügen. Die Anforderungen an das harte Kernkapital (CET-1) aus dem SREP-Prozess bleiben demzufolge mit durchschnittlich 1,1% unverändert. Ein leichter Anstieg der durchschnittlichen gesamten CET-1-Anforderungen ergibt sich aus der Berücksichtigung makroprudentieller Anforderungen.

<https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ssm.pr230208~8971619db2.en.html>

F i n a n z e n

EZB; Anhebung der Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 02.02.2023, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Wirkung zum 08.02.2023 auf 3,0%, den für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 3,25% und den Zinssatz für die Einlagefazilität auf 2,50% zu erhöhen. Der EZB-Rat beabsichtigt zudem, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Anleihenkaufprogramms APP erworbenen Wertpapiere bis Ende Februar 2023 weiterhin bei Fälligkeit vollumfänglich wieder anzulegen. Im Anschluss hieran soll das APP-Portfolio in einem maßvollen und vorhersehbaren Tempo reduziert werden, indem das Eurosystem die Tilgungsbeträge von Wertpapieren bei Fälligkeit nicht mehr vollumfänglich wieder anlegen werde. Bis zum Ende Juni 2023 würden die Bestände monatlich im Durchschnitt um 15 Mrd. EUR reduziert. Das Tempo danach werde im Zeitverlauf festgelegt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ecb.mp230202~08a972ac76.de.html>

S o z i a l e s

EuGH; Urteil stärkt Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf in Bezug auf sexuelle Ausrichtung (C-356/21)

Der EuGH hat am 12.01.2023 in einem Rechtsstreit zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf in Bezug auf die sexuelle Ausrichtung geurteilt. Der polnische Fernsehsender PT hatte einen mit dem als Selbstständigen tätigen Kläger geschlossenen Vertrag gekündigt, kurz nachdem dieser auf dem gemeinsam mit seinem Lebenspartner geführten YouTube-Kanal ein Weihnachtsmusikvideo veröffentlicht hatte, das für Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren wirbt. Hiergegen geht der Kläger unter Berufung auf die europäische Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf vor, da er in der Vertragskündigung eine Diskriminierung wegen sexueller Ausrichtung sieht. Der EuGH urteilt, dass auch bei Selbstständigen die entsprechende Richtlinie zur Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf einschlägig sei. Eine Ablehnung einer Verlängerung von Verträgen, die sich durch die sexuelle Ausrichtung begründen,

können sich dabei nicht auf die Grundlage der freien Wahl des Vertragspartners stützen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=269149&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=50364>

EuGH; Urteil stärkt Schutz der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (C-392/21)

Der EuGH hat am 22.12.2022 in einem Rechtsstreit zum Schutz der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz geurteilt. Gegenstand des Rechtsstreits war die Frage, inwiefern Arbeitgebende in Bezug auf Bildschirmarbeitsplätze zur Kostenübernahme von speziellen Sehhilfen verpflichtet sind. In dem aus ROM vorgelegten Fall hatte der Arbeitgebende eine Gehaltszulage auf das Grundgehalt gezahlt, um etwaige Ansprüche abzugelten. Dies steht jedoch den europarechtlichen Vorgaben entgegen, nachdem Arbeitnehmenden keine finanziellen Mehrbelastungen auferlegt werden dürfen und Arbeitgebende entsprechende Sehhilfen zur Verfügung zu stellen haben.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=268793&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=51560>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren im Bereich Soziales

Die Kommission hat am 26.01.2023 zwei Vertragsverletzungsverfahren gegen mehrere Mitgliedstaaten (MS), darunter auch DEU, im Bereich Soziales eingeleitet. Als einer von 17 MS erhielt DEU eine Stellungnahme von Seiten der Kommission, um das nationale Recht in Einklang mit der Richtlinie zur Durchsetzung der Entsenderichtlinie zu bringen. Eine weitere Stellungnahme wurde an DEU hinsichtlich der Einhaltung zu den Vorschriften über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit adressiert. Gegenstand sind Bestimmungen zu Familienleistungen in Bayern. In Bayern erhalten bis zu drei Jahre wohnhafte Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Kinder in einem der 15 EU-Mitgliedstaaten mit niedrigeren Lebenshaltungskosten als in Bayern leben, Familienleistungen mit niedrigeren Beträgen. Die Kommission sieht hierin eine Diskriminierung von Wanderarbeitnehmerinnen und Wandererarbeitnehmern.

[INFR\(2021\)2056](#)

[INFR\(2021\)4039](#)

EIF; 67 Mio. EUR für Unternehmen der Sozialwirtschaft

Wie die Kommission am 31.01.2023 mitteilte, werden mit dem Europäischen Investitionsfond (EIF) 67 Mio. EUR für Unternehmen im Bereich Sozialwirtschaft bereitgestellt. Ermöglicht wird dies, indem der EIF Garantien für Anleihen gibt, die über die Triodos Bank vergeben werden. Profitieren können hiervon Unternehmen aus den NDL, BEL, ESP und DEU.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_468

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Aufforderungsschreiben an DEU wegen nicht fristgerechter Umsetzung der Richtlinie zu Verbandsklagen

Am 27.01.2023 richtete die Kommission ein Aufforderungsschreiben an 24 Mitgliedsstaaten (u.a. an DEU) aufgrund des Versäumnisses, bis zum 25.12.2022 nationale Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 über Verbandsklagen der Kommission mitzuteilen. Diese Richtlinie soll sicherstellen, dass die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher die Rechte, die ihnen gemäß dem Unionsrecht zustehen, uneingeschränkt wahrnehmen können. Sie gibt

qualifizierten Einrichtungen die Möglichkeit, Verbandsklagen im Namen von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu erheben, und es werden stärkere Sanktionsbefugnisse für die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten eingeführt. Mit der Verbandsklage kann eine qualifizierte Einrichtung wie ein Verbraucherverband im Namen einer Gruppe von Personen, die durch unlautere Geschäftspraktiken geschädigt wurden, Rechtsmittel einlegen und beispielsweise eine Entschädigung, Nachbesserung oder Ersatz verlangen. Die Richtlinie ist bereits im Dezember 2020 in Kraft getreten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_23_262

Kommission; Überprüfung von manipulativen Praktiken bei Online-Shops

Am 30.01.2023 haben die Kommission und die nationalen Verbraucherschutzbehörden von 23 Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island (Netzwerk für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz, CPC-Netz) die Ergebnisse einer Überprüfung („Sweep“) von Einzelhandelswebsites veröffentlicht. Dabei wurden 399 Online-Shops von Einzelhändlern, die Waren von Textilien bis Elektrogeräten verkaufen, kontrolliert. Die Kontrolle dient dazu, manipulative Techniken zu identifizieren, die Verbraucherinnen und Verbraucher dazu veranlassen können, Entscheidungen zu treffen, die eigentlich nicht in ihrem Interesse liegen. Dazu gehören Websites, die so angelegt sind, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher zu Käufen, Abonnements oder anderen Entscheidungen gedrängt werden. Bei 148 der 399 Websites wurden entsprechende Praktiken gefunden. Als Reaktion darauf werden sich die nationalen Behörden mit den betroffenen Händlern in Verbindung setzen, um die Mängel auf ihren Websites zu beheben und erforderlichenfalls weitere Maßnahmen ergreifen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_418

EuGH; Schlussanträge zum Flaschenpfand bei Getränkeauspreisung

Am 02.02.2023 hat der Generalanwalt Nicholas Emiliou in der Rechtssache C-543/21 seine Schlussanträge vorgelegt, in denen er die Auffassung vertritt, dass das Pfand für Flaschen oder Gläser nicht im Gesamtpreis eines Getränkeprodukts eingerechnet sein muss. Lebensmittelhändler dürften den Preis für ein Produkt bewerben und das Pfand separat auszeichnen. Er begründete dies damit, dass das Pfand den Käuferinnen und Käufern zurückerstattet werde und somit im Gegensatz zu Steuern keinen Bestandteil des endgültigen Kaufpreises darstelle. Ein Preis, der das Pfand bereits enthält, würde den Verbraucherinnen und Verbrauchern außerdem den Vergleich zwischen verschiedenen Produkten erschweren, weil nur für manche Pfand erhoben werde. Weiterhin solle das Pfandsystem einen Anreiz darstellen für die Konsumenten und Konsumentinnen, Produkte zu kaufen, bei denen die Behälter wiederverwendet werden.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?nat=or&mat=or&pcs=Oor&jur=C&num=C-543%252F21&for=&jge=&dates=&language=en&pro=&cit=none%252CC%252CCJ%252CR%252C2008E%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252Ctrue%252Cfalse%252Cfalse&oqp=&td=%3BALL&avg=&lgrec=fr&lg=&page=1&cid=1525807>

EuGH; Urteil zum Recht auf Ermäßigung der Gesamtkosten seines Immobilienkredits bei vorzeitiger Rückzahlung

Der EuGH entschied mit Urteil in der Rechtssache C-555/21 am 09.02.2023, dass das Recht von Verbraucherinnen und Verbrauchern auf Ermäßigung der Gesamtkosten eines Immobilienkredits bei vorzeitiger Rückzahlung des Kredits nicht die laufzeitunabhängigen Kosten umfasse. Der Verbraucher oder die Verbraucherin kann somit nur eine Ermäßigung der Zinsen und der laufzeitabhängigen Kosten verlangen.

Gefragt hatte der österreichische oberste Gerichtshof nach der Klage des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) gegen eine in den Immobilienkreditverträgen der UniCredit Bank Austria verwendete Standardklausel, die die vorzeitige Rückzahlung des Kredits betrifft.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-02/cp230025de.pdf>

Kommission; Register der Ungleichheiten zum EU-Krebsbekämpfungsplan

Die Kommission hat am 01.02.2023 das Europäische Register der Ungleichheiten bei der Krebsbekämpfung vorgestellt. Anlässlich des Weltkrebstags am 04.02.2023 hat die Kommission gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die sogenannten Länderprofile Krebs der EU-Mitgliedstaaten (MS) sowie Norwegens und Islands veröffentlicht. Diese Profile bilden den Sachstand der Staaten bei der Krebsbekämpfung ab und zeigen die Ungleichheiten zwischen diesen auf. Trotz eines finanziellen Aufwandes von 170 Mrd. EUR der EU-MS seit 2018 stellt Krebs die zweithäufigste Todesursache im Unionsgebiet dar. Hierbei erweist sich die Mortalität in manchen MS im Verhältnis als doppelt so hoch wie in anderen, zudem zeigen sich starke sozioökonomische Unterschiede bei der Krebssterblichkeit.

<https://cancer-inequalities.jrc.ec.europa.eu/>

EuGH; Urteil bekräftigt weit gefasstes Werbeverbot von Arzneimitteln (C-530/20)

Der EuGH hat am 22.12.2022 in einem Rechtsstreit zur Frage des Werbeverbotes von Arzneimitteln geurteilt. Gegenstand des Rechtsstreits war die Auslegung des Begriffs „Werbung für Arzneimittel“ durch die lettische Regierung. Geklagt hatte der Onlinehändler EUROAPTIEKA. Dieser hatte mit einem Prospekt Rabatte für den Kauf von Arzneimitteln angeboten, insofern diese eine bestimmte Bestellpreisschwelle überschreiten. Diese Werbung wurde durch die lettischen Behörden untersagt. Geklagt hatte EU-ROAPTIEKA, da die Werbung sich nicht spezifisch auf verschreibungspflichtige Arzneimittel bezogen hatte und sah darin eine zu weit gefasste Auslegung der europarechtlichen Vorgaben. Der EuGH bestätigt hingegen die Auslegung der lettischen Behörden, da in dem Prospekt die preisbezogene Werbung für Arzneimittel mit der Werbung, bzw. dem Verkauf, anderer Waren nicht abgegrenzt war. In dieser Kombination leiste der Prospekt der unzumutbaren und übermäßigen Verwendung von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln Vorschub, weswegen die lettischen Einschränkungen hierfür in Einklang mit dem Europarecht stünden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=4B6E70512A3622792EF738C62058CEDD?text=&docid=268784&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&ir=&occ=first&part=1&cid=50011>

U m w e l t

Kommission; Start einer Kampagne gegen Fast Fashion

Die Kommission hat am 26.01.2023 die Kampagne „Reset The Trend“ gestartet, um EU-Bürgerinnen und Bürger für nachhaltige und zirkuläre Textilien zu sensibilisieren. Diese Kampagne will das Problem der großen Mengen an jährlich weggeworfener Kleidung angehen und das Bewusstsein für die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Vorteile einer Umgestaltung des Textilsektors sowie für die Möglichkeiten von nachhaltiger Mode für Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher öffnen. Die Kampagne ist Teil der EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien, die von der Kommission am 30.03.2022 angenommen wurde.

https://environment.ec.europa.eu/news/reset-trend-2023-01-26_de

Kommission; Konsultation für neue Produktprioritäten beim Ökodesign für nachhaltige Produkte

Die Kommission startete am 31.01.2023 eine öffentliche Konsultation zu neuen Produktprioritäten beim Ökodesign für nachhaltige Produkte. Der jüngste Vorschlag der Kommission über Ökodesign zielt darauf ab, in der EU verkaufte Produkte leistungs- und informationsbezogenen Anforderungen zu unterwerfen, um eine größere Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Die Kommission bittet um Stellungnahmen zu den Kategorien neuer Produkte und den Maßnahmen, die zuerst angegangen werden sollen, um Prioritäten festlegen zu können. Rückmeldungen sind bis zum 25.04.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13682-Neue-Produktprioritäten-beim-Ökodesign-für-nachhaltige-Produkte_de

Kommission; Konsultation zu Elektro- und Elektronik-Altgeräten

Die Kommission stellt vom 07.02.2023 bis zum 04.04.2023 ihren Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte zur Konsultation. Am 25.01.2022 erklärte der EuGH in seinem Urteil in der Rechtssache C-181/201 Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte wegen nicht gerechtfertigter Rückwirkung für teilweise ungültig. Die Richtlinie befasst sich mit Vertrieb, Rücknahme und sachgemäßer Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten. Der nun vorgelegte Vorschlag soll die Mängel beheben, die vom EuGH festgestellt wurden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13731-Waste-Electric-and-Electronic-Equipment_de

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Europäische Bürgerinitiative zu Kosmetika ohne Tierversuche erfolgreich

Am 26.01.2023 wurde bekannt gegeben, dass die Bürgerinitiative „Save Cruelty Free Cosmetics – Für ein Europa ohne Tierversuche“ über eine Million Unterstützungserklärungen von EU-Bürgern und –bürgerinnen gesammelt hat und somit erfolgreich war. Sie fordert die EU-Kommission auf, die bestehenden EU-Verbote von Tierversuchen für Kosmetika und der Vermarktung von im Tierversuch getesteten Inhaltsstoffen zu stärken und auszuweiten. Zudem soll die Kommission einen Gesetzesvorschlag mit einem Fahrplan verabschieden, um schrittweise alle Tierversuche vor dem Ende der derzeitigen Amtszeit der Kommission abzuschaffen. Die Kommission hat bis zum 25.07.2023 Zeit, ihre offizielle Antwort vorzulegen, in der sie darlegt, wie sie vorgehen werde.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kosmetika-ohne-tierversuche-europaische-burgerinitiative-erfolgreich-2023-01-26_de

Rat; Landwirtschaftsministerinnen und -minister erörtern Marktlage und Bioökonomie

Die Landwirtschaftsministerinnen und -minister erörterten am 30.01.2023 die Marktlage in den Mitgliedstaaten, insbesondere vor dem Hintergrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine. Darüber hinaus wurden sie von der Kommission über die jüngsten Entwicklungen auf den Agrarmärkten informiert. Während es in den letzten Monaten mehr Stabilität auf den Märkten gegeben habe, seien die Energie- und Betriebsmittelpreise nach wie vor hoch, was die Rentabilität schwäche und zu

hohen Verbraucherpreisen führe. In einer weiteren Debatte zur Bioökonomie waren sich die Ministerinnen und Minister einig, dass diese einen wichtigen Beitrag zu den heutigen Krisen leisten könne. Des Weiteren wurden sie über die Überarbeitung der Rechtsvorschriften über Tiertransporte, Einkommensstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine für 2023, die Auswirkungen von Agrareinfuhren aus der Ukraine auf die EU-Märkte und die Notwendigkeit eines langfristigen strategischen Ansatzes für den Agrar- und Lebensmittelsektor zur Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit und der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU informiert. Die Ministerinnen und Minister haben ferner Informationen über die landwirtschaftlichen Aspekte der Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen erhalten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2023/01/30/>

Kommission; Regeln zu Rückstandshöchstmengen für Pestizide zum Schutz von Bestäubern

Die Kommission hat am 02.02.2023 neue Vorschriften zur Senkung von Rückstandshöchstwerten für zwei Pestizide in Lebensmitteln erlassen. Bewertungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hätten gezeigt, dass die beiden Chemikalien Clothianidin und Thiamethoxam, die zur Gruppe der Neonicotinoid-Pestizide gehören, ein hohes Risiko für Bienen darstellten und zum weltweiten Rückgang der Bestäuber beitragen. Die neuen Vorschriften dienen dazu, die bestehenden Rückstandshöchstwerte für diese Stoffe auf den niedrigsten Wert zu senken, der mit den neuesten Technologien gemessen werden kann. Sie gelten für alle in der EU hergestellten Produkte, aber auch für importierte Lebens- und Futtermittel. Die Maßnahmen sind Teil der im Grünen Deal und in der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie angekündigten Ziele der Kommission und sollen für importierte Produkte ab 2026 gelten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEX_23_543

EuGH; Urteil zu Verfahren zur genetischen Veränderung

Der EuGH konkretisierte mit seinem Urteil in der Rechtssache C-688/21 am 07.02.2023 den Status der in-vitro-Zufallsmutagenese im Hinblick auf die Richtlinie genetisch veränderter Organismen (GVO). Er entschied, dass Organismen, die durch die In-vitro-Anwendung eines Verfahrens der Mutagenese gewonnen werden, das herkömmlich bei einer Reihe von Anwendungen in vivo angewandt wurde und in Bezug auf diese Anwendungen seit langem als sicher gilt, vom Anwendungsbereich der Richtlinie 2001/18/EG ausgeschlossen sind. Diese Richtlinie legt eine gemeinsame Methodik fest, um die Umweltverträglichkeit der Freisetzung von GVO zu beurteilen und die Überwachung dieser GVO nach der Freisetzung oder dem Inverkehrbringen dieser zu gewährleisten.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-02/cp230022de.pdf>

Justiz

EuGH; Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls darf nur bei schweren Mängeln im Justizsystem verweigert werden

Der EuGH hat am 31.01.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-158/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls grundsätzlich nicht unter Berufung auf die fehlende Zuständigkeit des Gerichts, das über die gesuchte Person im Ausstellungsmitgliedstaat Recht zu sprechen hat, abgelehnt werden darf. Würden allerdings systemische oder allgemeine Mängel des Justizsystems und die offensichtliche Unzuständigkeit des Gerichts

festgestellt, müsse die Vollstreckung abgelehnt werden. Gemäß der Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit müsse allerdings vor der Ablehnung der Vollstreckung aufgrund offensichtlich fehlender Zuständigkeit des Gerichts, das über die gesuchte Person Recht zu sprechen habe, die ausstellende Justizbehörde um zusätzliche Informationen gebeten werden, wie es der entsprechende Rahmenbeschluss vorsehe. In dem gegenständlichen Vorabentscheidungsersuchen ging es um die Weigerung belgischer Gerichte, Europäische Haftbefehle gegen katalanische Politiker zu vollstrecken.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62021CJ0158&qid=1675969394786&from=DE>

I n n e r e s

Rat; Karabalis leitet EUMM Georgia

Der Rat hat am 31.01.2023 den griechischen Diplomaten Dimitrios Karabalis zum neuen Leiter der Beobachtermission der EU in Georgien (EUMM Georgia) ernannt. Zuletzt war Karabalis Direktor für Russland, Ukraine, Moldau, den Südkaukasus und Zentralasien im griechischen Außenministerium. Sein Mandat als Leiter der EUMM Georgia läuft vom 01.02.2023 bis zum 14.12.2023. Die EUMM Georgia ist eine unbewaffnete zivile Beobachtermission mit über 200 Beobachtern aus den Mitgliedstaaten. Die Mission soll u.a. zu einer Stabilisierung und Normalisierung in der Region beitragen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/01/31/georgia-new-head-of-monitoring-mission-appointed/>

EUAA; Studie mit Asylszenarien veröffentlicht

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 01.02.2023 eine Studie veröffentlicht, die vier unterschiedliche Szenarien im Bereich der EU-Asylpolitik für die kommenden zehn Jahre entwirft: Das erste Szenario rechnet mit einem neuen Kalten Krieg, technologischer Überwachung in autoritären Regimen und einer weitgehend automatisierten und ferngesteuerten Bearbeitung von Asylanträgen. Ein zweites, positives Szenario geht von weniger Konflikten auf der Welt aus, einer stärkeren Achtung der Menschenrechte, zusammen mit wirtschaftlicher Entwicklung in den Transitländern, einem globalen Umweltbewusstsein und einer stärkeren Digitalisierung. Das dritte Szenario geht von einer in Einflussphären aufgeteilten Welt aus, in der die wirtschaftliche Entwicklung in den Transitländern gefördert wird, die jedoch zunehmend durch den Klimawandel und die Unfähigkeit der Technologien, persönliche Daten zu schützen, bedroht ist. Im letzten Szenario werden durch den Klimawandel verursachte Konflikte und zunehmende zivile Unruhen im globalen Süden sowie Diskrepanzen zwischen den rechtlichen Rahmenbedingungen und der tatsächlichen Umsetzung der internationalen Schutzsysteme angenommen. Bei der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Szenarien steht die Frage im Vordergrund, ob die Zahl der Asylanträge bis 2032 erheblich steigen wird und wie sich die zuständigen Behörden vorbereiten können. Die Ausarbeitung sei u.a. vor dem Hintergrund der angestrebten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu sehen.

<https://euaa.europa.eu/publications/future-international-protection-eu-next-10-years-comprehensive-report>

EP; Debatte über migrationspolitische Herausforderungen

In seiner Plenardebatte am 01.02.2023 diskutierte das EP mit der schwedischen Ministerin für EU-Angelegenheiten, Jessika Roswall, und Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, den Umgang mit den migrationspolitischen Herausforderungen,

vor denen Europa steht. Für die schwedische Ratspräsidentschaft machte Roswall deutlich, dass man im Bereich der Migration Schwerpunkte bei einem effektiveren Außengrenzschutz, dem Ausbau der Zusammenarbeit mit Drittstaaten und einer verbesserten Rückführung von illegalen Migranten legen wolle. Ministerin Roswall versicherte den Abgeordneten, dass die Verhandlungen im Rat über den Pakt zügig voranschreiten. Kommissionspräsidentin von der Leyen betonte, die Migration sei eine europäische Herausforderung, die eine europäische Antwort erfordere. Es gelte, die Gesetzgebungsarbeit am Asyl- und Migrationspakt bis zum Frühjahr 2024 abzuschließen. Auch sie untermauerte die Notwendigkeit eines wirksamen Außengrenzschutzes. Bei Rückführungen müsse man schneller werden und eine Rückkehr in Würde von Migranten in ihre Herkunfts- oder Transitländer gewährleisten. Die Verbesserung der freiwilligen Solidarität, die Bekämpfung von Migrationsursachen und die Einführung sicherer und legaler Wege nach Europa sollten ebenfalls zu den Prioritäten der EU gehören, erklärte Präsidentin von der Leyen. In der anschließenden Aussprache wurden seitens der MdEP endlich konkrete Ergebnisse in der Migrations- und Asylpolitik angemahnt. Einige forderten die EU-Finanzierung befestigter Grenzanlagen. Im Übrigen folgte die Aussprache den bekannten Linien: So wiesen einige MdEP auf die Notwendigkeit hin, die Rückführungsquote zu erhöhen, während andere forderten, dass die private Seenotrettung einen gemeinsamen Verhaltenskodex unterliegen solle. Angesichts des demographischen Wandels sprachen sich auch einige MdEP für die Eröffnung legaler Wege zur Arbeitsmigration aus.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230130IPR70205/meps-urge-the-eu-to-deliver-a-credible-migration-and-asylum-policy>

EP; Strikte Regeln für Transparenz und Targeting politischer Werbung gefordert

In seiner Plenarsitzung am 02.02.2023 hat das EP mit 433 gegen 61 Stimmen bei 110 Enthaltungen die vom Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (ITRE) vorgeschlagene Verhandlungsposition für einen Verordnungsvorschlag über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung angenommen. Die MdEP haben in ihrer Position den Kommissionsvorschlag dahingehend verändert, als dass nur noch personenbezogene Daten, die ausdrücklich für politische Online-Werbung zur Verfügung gestellt wurden, von den Werbeanbietern verwendet werden dürfen sollen. Ziel dieser Verschärfung ist es, das sog. Micro-Targeting, eine Strategie, die Verbraucherdaten und demografische Daten nutzt, um die Interessen bestimmter Personen zu identifizieren, im Bereich politischer Werbung unmöglich zu machen. Eine weitere vom EP geforderte Verschärfung ist ein allgemeines Verbot der Verwendung der Daten Minderjähriger. Um Einflussnahme aus dem Ausland zu verhindern, sieht die Parlamentsposition vor, Einrichtungen mit Sitz außerhalb der EU die Finanzierung politischer Werbung innerhalb der EU zu untersagen. Schließlich soll es ein Online-Transparenzregister für sämtliche politische Online-Werbung und die damit verbundenen Daten geben. Bei wiederholten Verstößen will das EP, dass die Verordnung die Möglichkeit vorsieht, Zwangsgelder zu verhängen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0027_DE.html

Rat; SWE aktiviert IPCR zur Koordinierung der EU-Erdbebenhilfe

Der schwedische Ratsvorsitz hat am 06.02.2023 angesichts des verheerenden Erdbebens in der Türkei und Syrien beschlossen, die sog. integrierte Regelung für die politische Reaktion auf Krisen (IPCR) zu aktivieren, um die ergriffenen EU-Unterstützungsmaßnahmen effektiv koordinieren zu können. Der IPCR-Mechanismus soll dem Ratsvorsitz dabei helfen, in großen Krisen- und Katastrophenfälle die EU-Organe, die Mitgliedstaaten und andere wichtige Akteure in einem regelmäßigen Sitzungsformat zusammenzubringen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/06/earthquake-in-turkiye-and-syria-council-presidency-triggers-activation-of-ipcr/>

Kommission; Türkei aktiviert EU-Katastrophenschutzverfahren

Die Kommission hat am 07.02.2023 bekanntgegeben, dass – nach Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens durch die Türkei – bereits 19 Mitgliedstaaten (MS), (BUL, DEU, EST, FRA, GRI, ITL, KRO, MTL, NDL, AUT, POL, PTL, ROM, SLK, SLO, ESP, CZR, HUN und CYP) sowie die Nicht-EU-Staaten Albanien und Montenegro Hilfsteams über den Mechanismus bereitgestellt haben. Von den 25 Such- und Rettungsteams die sich auf den Weg in die am stärksten betroffenen Gebiete in der Türkei gemacht hätten, um die Ersthelfer vor Ort zu unterstützen, seien elf bereits vor Ort eingetroffen. Außerdem seien zwei medizinische Teams über das EU-Katastrophenschutzverfahren entsandt worden, um medizinische Notversorgung zu gewährleisten. Insgesamt hätten die europäischen Länder bislang 1.185 Rettungskräfte und 79 Suchhunde zur Verfügung gestellt. Das EU-Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen habe außerdem ein EU-Katastrophenschutzteam mit Experten aus elf Mitgliedstaaten zusammengestellt, das sofort zur Unterstützung der Maßnahmen in die Türkei entsandt worden sei. In Syrien, wo sich der Zugang von Rettungskräften und Katastrophenschützern schwieriger gestaltet, setzte die EU aktuell v.a. auf die Kooperation mit humanitären Organisationen vor Ort. Diese würden bspw. dafür finanziert, Such- und Rettungsaktionen durchzuführen, Wasser und sanitäre Einrichtungen bereitzustellen und Decken und Hygieneartikel in den betroffenen Gebieten zu verteilen. Mit dem EU-Katastrophenschutzverfahren soll die Zusammenarbeit zwischen den MS und acht weiteren Teilnehmerstaaten (Island, Norwegen, Serbien, Nordmazedonien, Montenegro, Türkei, Bosnien und Herzegowina sowie seit Kurzem Albanien) beim Katastrophenschutz insgesamt gestärkt und die Katastrophenprävention, -vorsorge und -bewältigung verbessert werden. Wenn ein Notfall die Reaktionsfähigkeit eines Landes in Europa und darüber hinaus überfordert, kann dieses Land im Rahmen des Verfahrens um Hilfe ersuchen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/erdbeben-turkei-und-syrien-deutschland-und-weitere-18-eu-mitgliedstaaten-helfen-im-rahmen-des-eu-2023-02-07_de

Kommission; Festlegung von Katastrophenresilienzzielen

Die Kommission hat am 08.02.2023 eine Empfehlung und eine Mitteilung angenommen, mit denen fünf sog. Katastrophenresilienzziele festgelegt werden. Als Anlass für die Festlegung der Ziele nennt die Kommission die vielfältigen Krisen und Katastrophen der jüngeren Vergangenheit: die COVID-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg und klimawandelbedingte Katastrophen (insbes. Waldbrände, Überschwemmungen und Dürren) hätten die Notwendigkeit eines von der EU koordinierten Katastrophenschutzes unter Beweis gestellt. Vor diesem Hintergrund habe man zusammen mit den Mitgliedstaaten die erwähnten fünf Ziele entwickelt, deren Gehalt die Kommission unter die Schlagworte „Antizipieren – Vorsorgen – Warnen – Bewältigen – Sichern“ subsumiert. Konkret sollen die Katastrophenresilienzziele folgende Inhalte umfassen: Antizipieren: Verbesserung der Fähigkeit von EU und Mitgliedstaaten, komplexe Katastrophenrisiken zu ermitteln und zu bewerten; Vorsorgen: Stärkung des Risikobewusstseins und des Vorsorgestands in der Bevölkerung – z. B. durch Aufklärung über Katastrophenrisiken und Vermittlung von Wissen über Vorsorgemaßnahmen zu Hause, in der Schule und in der Gesellschaft; Warnen: Verbesserung der Wirksamkeit und Interoperabilität von Frühwarnsystemen; Bewältigen: Ausbau der Bewältigungskapazitäten des EU-Katastrophenschutzverfahrens bei Waldbränden, Überschwemmungen, chemischen,

biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahren (CBRN), Such- und Rettungseinsätzen sowie Gesundheitsgefährdungen; Sichern: Gewährleistung eines Katastrophenschutzsystems, das rund um die Uhr einsatzbereit ist
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_599

EuGH; Nationales Recht darf bei Abberufung eines Datenschutzbeauftragten strenger sein als die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Der EuGH hat am 09.02.2023 sein Urteil in den beiden Rechtssachen C-453/21 und C-560/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass das nationale Recht strengere Anforderungen an die Abberufung eines Datenschutzbeauftragten stellen darf, als es die DS-GVO vorgibt. Der Art. 38 Abs. 6 DS-GVO sei dahingehend auszulegen, dass ein "Interessenkonflikt" im Sinne dieser Bestimmung bestehen könne, wenn einem Datenschutzbeauftragten andere Aufgaben oder Pflichten übertragen werden, die ihn dazu veranlassen würden, die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten bei dem Verantwortlichen oder seinem Auftragsverarbeiter festzulegen. In einem der beiden Ausgangsverfahren war der Datenschutzbeauftragte gleichzeitig Betriebsratsvorsitzender.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62021CJ0453&qid=1676015275726&from=DE>
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62021CJ0560&qid=1676015325514&from=DE>

Bildung und Kultur

Kommission; 27 Jungübersetzerinnen und -übersetzer ausgezeichnet

Wie die Kommission am 09.02.2023 bekannt gab, wurden die 27 Gewinnerinnen und Gewinner des 16. Übersetzungswettbewerbs Juvenes Translatores ausgezeichnet. Insgesamt nahmen 2.883 Schülerinnen und Schüler aus 681 weiterführenden Schulen daran teil und übersetzten einen Text aus einer der 24 Amtssprachen der EU in eine andere Amtssprache. Der Gewinner aus DEU ist Paul Möllecken vom Max-Ernst-Gymnasium in Brühl. Er übersetzte einen Text aus dem Französischen ins Deutsche. Die Auszeichnungen werden am 31.03.2023 im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in Brüssel überreicht.

https://commission.europa.eu/education/skills-and-qualifications/develop-your-skills/language-skills/juvenes-translatores_de

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Bericht über Desinformationskampagnen von Drittstaaten

Der Europäische Auswärtige Dienst der Kommission (EAD) hat am 07.02.2023 seinen ersten umfassenden Bericht über Bedrohungen durch ausländische Informationsmanipulation und -beeinflussung veröffentlicht. Grundlage des Berichts ist die Arbeit der sog. Stratcom-Abteilung (strategische Kommunikation) des EAD. Anhand von 100 zwischen Oktober und Dezember 2022 aufgedeckten Fällen zeigt der EAD auf, welcher Art die Bedrohungen sind, und wie die EU geeignete Strategien gegen Desinformationskampagnen entwickeln kann. Zu den zentralen Erkenntnissen des EAD zählt, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die aufgedeckten Fälle dominiert, russische diplomatische Kanäle Instrumente der Desinformationskampagnen sind, Kollaboration verschiedener Akteure – z.B. Russland und China – existiert, aber (noch) begrenzt ist, und dass die Kampagnen in mehreren Sprachen und bevorzugt per Fotos und Video verbreitet werden.

<https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/EEAS-DataTeam-ThreatReport-February2023-02.pdf>

EP; Anhörungen zum EU-Medienfreiheitsgesetz (EMFA)

Das EP nimmt seine Beratungen über den Vorschlag für ein EU-Medienfreiheitsgesetz (EMFA) auf. Am 31.01.2023 fand eine Anhörung im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) statt, am 06.02.2023 eine weitere Anhörung im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT). Bei beiden Anhörungen war auch der Binnenmarktausschuss (IMCO) beteiligt. Die geladenen Expertinnen und Experten hatten den Gesetzesvorschlag mehrheitlich als notwendig und richtig erachtet. Breite Einigkeit bestand auch hinsichtlich der Ziele des Medienpluralismus und des Schutzes der Unabhängigkeit von Journalistinnen und Journalisten. Prof. Matthias Cornils, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, äußerte sich dagegen ausgesprochen kritisch. Er betonte die fehlende Rechtssetzungskompetenz der EU im Bereich der Medienregulierung. Der EMFA sei klar dem Medienrecht zuzuordnen und der im Entwurf genannte Binnenmarktbezug sei nicht überzeugend. In den Aussprachen begrüßten die LIBE-Mitglieder fraktionsübergreifend den EMFA. Im CULT gab es insbesondere von MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU) und MdEP Petra Kammerevert (S&D/DEU) kritische Fragen und Bemerkungen.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/public-hearing-on-european-media-freedom/product-details/20230125CAN68532> (LIBE)

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/committee-on-culture-and-education_20230206-1500-COMMITTEE-CULT (CULT)

V e r a n s t a l t u n g e n

Kirchenvertreter aus Hessen führen Gespräche in Brüssel

Dr. Wolfgang Pax, Leiter des Kommissariats der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen, und Jörn Dulige, Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Hessen am Sitz der Landesregierung, führten am 26.01.2023 Gespräche in Brüssel. Mit Christian Baukhage, Antici in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU, tauschten sie sich u.a. über den aktuellen Stand des Kriegs in der Ukraine aus. Niels Schuster von der Generaldirektion Klimapolitik der Kommission informierte die beiden Kirchenvertreter über die jüngsten Initiativen der Kommission auf dem Gebiet der EU-Klimapolitik. Im Anschluss diskutierten die Gäste mit Benjamin Hartmann, Stellvertretender Leiter der IDEA I – Inspirieren, Diskutieren, Engagieren und Maßnahmen anschieben (Think Tank der Kommissionspräsidentin) über die Zukunft der EU und ihrer Institutionen. Um Fragen der Migration und des Grenzmanagements ging es bei der Begegnung mit Matthias Oel, Direktor Migration, Mobilität, Innovation in Generaldirektion Migration und Inneres. Schließlich trafen Dr. Wolfgang Pax und Jörn Dulige mit Konteradmiral Jürgen Ehle, Militärberater im Europäischen Auswärtigen Dienst, zusammen und informierten sich dabei über den aktuellen Stand der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Veranstaltung „Nationale Minderheiten – eine Aufgabe für die EU?“

Am 31.01.2023 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel eine Abendveranstaltung zum Thema „Nationale Minderheiten – eine Aufgabe für die EU?“ statt. Auf die Grußworte von Staatsministerin Lucia Puttrich und des Vorsitzenden des Deutsch-Europäischen Bildungswerks Hessen, Siegbert Ortmann, folgte eine Podiumsdiskussion mit Experten und Angehörigen unterschiedlicher nationaler Minderheiten: Bernhard Gaida, Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher

Minderheiten (AGDM) aus POL; MdEP Herbert Dorfmann (EVP/ITL); Prof. Dr. Rainer Hofmann, Goethe Universität Frankfurt am Main; Gitte Hougaard-Werner, Vorsitzende des Minderheitenrates der vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands und Vorsitzende des Sydslesvigsk Forening e.V. und Patrik Schwarcz-Kiefer Mitglied im AdR, Rat des Komitats Baranya, HUN. Moderiert wurde die Veranstaltung von André Frédéric Goebels, Radio Contact – Ostbelgien NOW – by GrenzEcho. Staatsministerin Puttrich betonte in ihrem Grußwort, dass nationale Minderheiten zu Europa gehören und einen wichtigen Bestandteil der kulturellen Vielfalt darstellen. In fast allen Mitgliedstaaten der EU leben nationale Minderheiten. In vielerlei Hinsicht geben diese autochthonen Minderheiten ein sichtbares Exempel für das Leitbild der EU: Einheit in Vielfalt. Im Laufe der Veranstaltung stellte sich vor allem auch heraus, dass sich die Situation der nationalen Minderheiten in Europa nach wie vor sehr unterschiedlich darstellt und vielerlei Herausforderungen begegnet. Kritisiert wurde von allen Podiumsteilnehmern übergreifend, dass die Europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack – one million signatures for diversity in Europe“ zwar zahlreiche Forderungen zum Schutz nationaler Minderheiten vorgebracht habe, diese jedoch seitens der Kommission mit Verweis darauf, dass die bisherigen Maßnahmen ausreichend seien, abgelehnt wurden. Diese Entscheidung wurde jüngst durch ein Urteil des EuGH bestätigt. Im Rahmen der Podiumsdiskussion wurden dann Möglichkeiten diskutiert, wie Kultur und Sprache von Minderheiten in der EU bewahrt werden könnten. Vorgeschlagen wurde unter anderem, dass die EU den Mitgliedstaaten ein verbindliches Mindestschutz-Niveau vorgebe, das sämtlichen nationalen Minderheiten in der EU zumindest ein gewisses Maß an rechtsverbindlichem Schutz gewähren würde.

Digital Leaders Roundtable am 01.02.2023: „Smart Region for Tomorrow“

Auf Einladung von Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus und Europaministerin Lucia Puttrich fand am 01.02.2023 der Digital Leaders Roundtable zu dem Thema „Smart Region for Tomorrow“ statt. Es handelte sich um die fünfte Veranstaltung der Reihe „Digital Leaders Roundtable“, die EU-Entscheidungsträger und Akteure aus Hessen zusammenbringt, um aktuelle europäische Digitalthemen zu diskutieren. Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus betonte in ihrer Begrüßung, die Digitalisierung müssen den Menschen dienen. Smarte Regionen erleichtern den Menschen den Alltag und sparen gleichzeitig Ressourcen. Hessen unterstützt die Kommunen auf unterschiedliche Weise auf ihrem Weg in eine smarte Zukunft. Dazu gehörten u.a. Förderprogramme und die Geschäftsstelle Smarte Region. Christian Engelhardt, Landrat des Kreises Bergstraße, berichtete über die Digitalisierungsinitiativen des Kreises, insbesondere in Schulen und der Verwaltung. Ziel sei, das Leben der Bürgerinnen und Bürger attraktiver und den Kreis wettbewerbsfähiger zu machen sowie die Verwaltung zu modernisieren. Francesco Raphael Frieri, Generaldirektor für Ressourcen, Europa, Innovation und Institutionen und Chief Digital Officer (CDO) der hessischen Partnerregion Emilia-Romagna unterstrich die Notwendigkeit, digitale Kompetenzen zu fördern. Wichtig sei es auch, den Fortschritt durch Daten messbar und Leistungen vergleichbar zu machen. Die Emilia-Romagna habe ein Projekt zur Vernetzung europäischer Regionen bei der digitalen Transformation, „DT4Regions“, initiiert. Die Notwendigkeit, die Digitalisierung gemeinsam durch eine europäische Zusammenarbeit voranzubringen, bekräftigten auch Eddy Hartog und Georg Houben, beide von der Kommission. Notwendig sei ein mehrlagiger Governance-Ansatz, der insbesondere die Städte stärker einbindet. Sie spielten eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der EU-Politik, z.B. im Klimaschutz. Dr. Oliver Bäcker, Leiter des Digitalzentrums „Arena of IoT“, Eintracht Frankfurt, stellte die Projekte der „Arena of IoT“ vor. In der „Arena of IoT“ entwickelt und erprobt die Eintracht gemeinsam mit Partnern smarte Lösungen aus

unterschiedlichen Anwendungsbereichen wie der Bewässerung oder Autonomes Fahren. Damit will der Verein auch einen Beitrag zur smarten Region leisten. Die Veranstaltung wurde moderiert von Silke Wettach, Wirtschaftswoche.

„ReHeatEU: Wärmepumpe- Jahrhundertchance für Industrie und Klima“ Podiumsdiskussion mit Viessmann

Für den 01.02.2023 hatte die Europaministerin Lucia Puttrich zusammen mit dem CEO von Viessmann Climate Solutions SE Thomas Heim zu einer Abendveranstaltung zum Thema „ReHeatEU: Wärmepumpe- Jahrhundertchance für Industrie und Klima“ in die Hessische Landesvertretung eingeladen. Thomas Heim betonte, dass in der aktuellen Energiekrise sowie in der Klimakrise die Regierungen eine Verantwortung hätten, Menschen mit Orientierung zu führen und lobte die EU für ihren großen Beitrag mit dem RePower EU Programm. Viessmann plane, mehr als 1 Mrd. EUR in Wärmepumpen zu investieren, um grüne Lösungen zu unterstützen. Heim hob hervor, dass die Wärmepumpe eine win-win Situation für Klima und Industrie schaffe. Die EU plane, 10 Mio. Wärmepumpen bis 2027 zu verbauen und befinde sich auf einem guten Weg dahin. Trotzdem gebe es Herausforderungen bei den Lieferketten sowie Investitionsstaus. Eine Umschulung und Weiterentwicklung von Handwerkern müsse stattfinden, um neue Konzepte zu erlernen. Da ab Januar 2024 nur noch Heizanlagen mit 65% erneuerbarer Energien verbaut werden dürfen, dürften die Menschen nicht von der Politik allein gelassen werden. Hohe Strompreise sowie hohe Anschaffungskosten für Wärmepumpe stellten laut Heim ein Problem dar, das eine Ablehnung der chancenreichen Technologie zur Folge haben könnte. MdEP Jutta Paulus (GRÜNE/DEU) forderte, dass die Politik eine Richtung vorgeben müsse und nicht alles durch den Markt geregelt werden dürfe. Hierbei kritisierte sie insbesondere das neue Emissionshandelssystem für den Gebäudesektor. Des Weiteren machte sie auf die vernachlässigte Weiterbildung und das Unwissen über Wärmepumpen aufmerksam. Auch forderte sie mehr Ambitionen in der Vermeidung von F-Gasen und eine Beschleunigung des Ausstiegsplans der Erdgasverordnung. MdEP Dr. Peter Liese (EVP/DEU) hob die Wichtigkeit einer Einigung im Emissionshandel hervor. Dabei sei eine leichte Dämpfung des Preises im Emissionshandelssystem wichtig. Gleichzeitig begrüßte er die Einigung für den Gebäude- und Verkehrssektor. Wärmepumpen müssten mehr gefördert werden, da selbst Fachkräfte oftmals eine ablehnende Haltung gegenüber diesen Technologien hätten. Mechthild Wörsdörfer, stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion für Energie betonte, dass der „Industriplan für den Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“ als Weckruf für die EU-Wettbewerbspolitik fungiere, die Gasabhängigkeit herunterzufahren und erneuerbare Energien stärker zu fördern. Die Industrie müsse beim Umbau gefördert werden und eine Rahmengesetzgebung Ziele und Label für Wärmepumpen setzen. Insbesondere die Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien müssten beschleunigt werden, da hiervon Wärmepumpen auch betroffen seien. Bei der abschließenden Fragerunde waren sich das Panel einig, dass die EU im Jahr 2030 global führend in der Produktion von innovativen Wärmepumpen sein solle. Die Veranstaltung wurde von Markus Becker, Büroleiter des Spiegels in Brüssel, moderiert.

XX. Europäischer Presseclub 2023 – Ein Jahr vor der Europawahl

Am 07.02.2023 hatte Europaministerin Lucia Puttrich zum XX. Europäischen Presseclub eingeladen. Wie geht es der schwedischen Regierung mit ihrem EU-Ratsvorsitz? Mit dieser Frage eröffnete Moderator Michael Stabenow, ehemaliger EU-Korrespondent der FAZ, die Diskussion. EU-Korrespondent Bengt Ljung von der Schwedischen Nachrichtenagentur sieht die seit Januar 2023 amtierende neue schwedische Regierung unter Druck. Sie habe wenig Erfahrung auf EU-Ebene und

halte sich mit eigenen Initiativen zurzeit eher zurück. Ihre Prioritäten seien jedoch klar: der Ukraine-Krieg und seine Auswirkungen, die Energieversorgung und die Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der EU sowie die EU-Antwort auf die Maßnahmen des US Inflation Reduction Act (IRA). Im Fokus der Debatte stand der fortdauernde Ukraine-Krieg. Der Krieg habe alles verändert, sagte der ungarische EU-Korrespondent Zoltán Gyévai von Free Europe. Ungarns Position sei stark von innenpolitischen Interessen, z.B. seiner Energieabhängigkeit von Russland, bestimmt. Angélique Bouin von Radio France führte aus, FRA halte eine bessere Abstimmung in der militärischen Abstimmung mit DEU für wünschenswert. Zu den Perspektiven eines schnellen EU-Beitritts der Ukraine gefragt, zeigte sich der kroatische EU-Korrespondent der Tageszeitung Večernji List Tomislav Krasnec eher skeptisch: Die Erfahrung zeige, Beitrittsverhandlungen seien nie schnell und einfach und könnten bis zu zehn Jahre dauern. Weiteres wichtiges Thema war die EU-Antwort auf das IRA-Maßnahmenpaket. Investitionen für die Wirtschaft seien natürlich immer gut, sagte Zoltán Gyévai. Nach den jahrelangen Debatten müsse die grüne EU-Industriepolitik nun jedoch endlich konkreter und praxisbezogener werden. Der kroatische Kollege stimmte dem zu. Angesprochen auf die EP-Wahlen 2024 und den Bestechungsskandal um die ehemalige EP-Vizepräsidentin Eva Kaili warf Zoltan Gyevai die Frage auf, ob man von einer systemischen Korruption im EP ausgehen müsse. Wenn ja, wären massive Interventionen erforderlich. Der Vorgang müsse auf jeden Fall transparent und verantwortlich aufgeklärt werden, betonte Angelique Bouin. Wird es eine zweite Kandidatur von Ursula von der Leyen geben und könnte sie dann mit der Unterstützung der EVP rechnen? Der ungarische Journalist vertrat die Ansicht, dass Manfred Weber, Vorsitzender der EVP, kein Interesse an einem Konflikt um die Kandidatur habe. In FRA sei das kein Thema, meinte Angélique Bouin, die Franzosen hätten zurzeit andere Sorgen. Zum schwierigen Thema der EU-Asyl- und Migrationspolitik erwartete die Journalistenrunde keine konkreten Ergebnisse vom Brüsseler EU-Gipfel am 9./10.02.2023.

Frei fließende Gewässer – Erfahrung und Entwicklungsmöglichkeiten am Beispiel des EU-LIFE-Projekts „Living Lahn“

Am 08.02.2023 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel die Veranstaltung „Frei fließende Gewässer – Erfahrung und Entwicklungsmöglichkeiten am Beispiel des EU-LIFE-Projekts „Living Lahn““ statt. Oliver Conz, hessischer Staatssekretär für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz betonte in seiner Eröffnungsrede die verbindende Wirkung von Flüssen, die den „Ursprung des gemeinsamen EU-Binnenmarktes“ ermöglicht habe. Flüsse wurden zu Handelswegen ausgebaut. Doch haben das Aufstauen von ganzen Flussabschnitten Folgen für ihre Ökosystemleistungen: Fließgeschwindigkeit, Durchgängigkeit, Transport von Sedimenten, Lebensraumvielfalt, Temperaturerhöhung, Sauerstoffmangel und Methangasbildung. Auch die Lahn wurde mit zahlreichen Schleusen im Verlauf der letzten Jahrhunderte zur Schifffahrtsstraße ausgebaut. Seit 40 Jahren findet jedoch kein Güterverkehr mehr statt. Das LIFE-Projekt Living Lahn solle die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie an einem zur Schifffahrt ausgebauten Gewässer unterstützen. Die Renaturierung von Flüssen sei eine Jahrhundertaufgabe. Prof. Dr. Klement Tockner, Generaldirektor der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung unterstrich die Bedeutung funktionsfähiger Gewässer für Mensch und Umwelt und wies auf zahlreiche Probleme durch die Verbauung von Gewässern hin: So steige die Wassertemperatur, die Biodiversität nehme ab und Extremereignisse wie im Aartal nähmen zu. Kleinräumige Maßnahmen an einzelnen Flussabschnitten führten nicht zum Erfolg, da auch umgebende Landschaften und der weitere Flussverlauf entscheidend für den Erfolg vieler Arten und den Gewässerzustand seien. Systemische Lösungen und tiefgreifende Transformationen seien notwendig.

Anschließend diskutierten Bettina Doeser, Referatsleiterin in der Generaldirektion Umwelt, Prof. Dr. Klement Tockner, MdEP Jutta Paulus (GRÜNE/DEU), MdEP Christine Schneider (EVP/DEU) und Dr. Raphael Weyland, NABU, über frei fließende Gewässer insbesondere im Zusammenhang mit der aktuell im Verhandlungsprozess befindlichen EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, die unter anderem auch ein Ziel zur Wiederherstellung frei fließender Gewässer enthält. Jutta Paulus kritisierte, dass der Vorschlag in Teilen nicht weit genug ginge. So seien 25.000 km frei fließende Gewässer sehr wenig. Auch Raphael Weyland forderte, dass statt 1% frei fließender Gewässer 15% erreicht werden müssten. Christine Schneider hingegen kritisierte, dass der Vorschlag auf einer unzureichenden Datenbasis beruhe. Außerdem sei zu wenig analysiert worden, warum bestehende Umweltgesetzgebung in dem Bereich nicht vollständig umgesetzt wurde. Mangelnde Umsetzung beklagte auch Bettina Doeser. Sie hob aber auch hervor, dass der Vorschlag erstmals unterschiedliche Bereiche und Maßnahmen zum Umweltschutz zusammenbringe. Anders als oft kritisiert gefährde der Vorschlag nicht die Ernährungssicherheit, sondern unterstütze die Gewährleistung ausreichender Lebensmittelproduktion durch den Schutz von Böden und Bestäubern. Eine weitere Debatte entspann sich bezüglich der Bedeutung der Wasserkraft beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. So forderte die Abgeordnete Schneider, dass diese zur Erreichung der europäischen Klimaziele nicht zu stark eingeschränkt werden dürfe. Professor Tockner auf der anderen Seite stellte fest, dass Wasserkraft weder umweltfreundlich noch klimaneutral sei. Auch die Frage der Finanzierung von Renaturierungsmaßnahmen spielte eine Rolle. Während MdEP Paulus einen neuen Fonds forderte, verwies Frau Doeser auf bestehende Finanzierungsinstrumente und stellte fest, dass Renaturierungsmaßnahmen am Ende günstiger seien, als für die Folgen von Überschwemmungskatastrophen aufzukommen.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- | | |
|--------|--------------------------------|
| 14.02. | Rat Wirtschaft und Finanzen |
| 20.02. | Rat Auswärtige Angelegenheiten |
| 21.02. | Rat Allgemeine Angelegenheiten |

Europäische Kommission

- | | |
|--------|---|
| 14.02. | Überarbeitung der CO2-Emissionsstandards für Lastkraftwagen |
| 22.02. | 30 Jahre Binnenmarkt |

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg vom 13.-16.02.2023

REPowerEU-Kapitel in den Aufbau- und Resilienzplänen
Wahlrecht mobiler Unionsbürger bei den Wahlen zum EP
Wahlrecht mobiler Unionsbürger bei Kommunalwahlen
CO2-Emissionsnormen für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge
Überarbeitung der Marktstabilitätsreserve für das Emissionshandelssystem der EU
Rechte der Union bei der Durchführung und Durchsetzung des Abkommens über den Austritt von GBR und des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit EU-GBR
Änderung der Verordnung über europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF)
Programm der Union für sichere Konnektivität 2023-2027
Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt: Beitritt der EU
Vereinbarung EU-Nordmazedonien über operative Tätigkeiten, die von der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache in der Republik Nordmazedonien durchgeführt werden
Gemeinsame Unternehmen im Rahmen von „Horizont Europa“: Gemeinsames Unternehmen für Chips
Konsultation zu den Durchführungsbestimmungen zum Statut des Bürgerbeauftragten
Europäische Zentralbank – Jahresbericht 2022
Zugang zu strategischen kritischen Rohstoffen
Grenzübergreifende Adoptionen – das Erfordernis einer größeren Transparenz und einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit
Angemessenes Mindesteinkommen zur Gewährleistung einer aktiven Inklusion
Entwicklung einer Strategie der EU für den Radverkehr
Mitteilung der Kommission zum Thema „Sicherstellung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln“
Schaffung eines unabhängigen Ethikgremiums für die EU-Institutionen
Reaktion der EU auf die Erdbeben in der Türkei und in Syrien

Ausschuss der Regionen

14.02.2023 ENVE-Fachkommissionssitzung
Überarbeitung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (Meinungsaustausch)
Überarbeitung der EU-Luftqualitätsvorschriften (Meinungsaustausch)

- 15.02.2023 ECON- Fachkommissionssitzung
Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische
Steuerung (Meinungsaustausch)
Interoperabilität des öffentlichen Sektors in der Union
(Meinungsaustausch)
- 16.02.2023 COTER-Fachkommissionssitzung
Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens:
der Standpunkt der regionalen und lokalen Ebene
(Meinungsaustausch)
Dem Zusammenhalt nicht schaden: ein
bereichsübergreifender Grundsatz zur Sicherung des
Zusammenhalts als eines übergeordneten Ziels und
Werts der EU (Meinungsaustausch)
- 17.02.2023 SEDEC- Fachkommissionssitzung
Vollständige Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit: Die
lokale und regionale Perspektive (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

- 14.02.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große
Kammer) in der Rechtssache C-560/20 Landeshauptmann
von Wien (Familienzusammenführung mit einem
minderjährigen Flüchtling)
Familiennachzug
- 16.02.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-633/21
Kommission / GRI
Stickstoffdioxidwerte im Ballungsraum Athen
- 16.02.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-349/21 HYA
u.a. (Begründung der Genehmigung der
Telefonüberwachung)
Telefonüberwachung für strafrechtliche Ermittlungen
- 16.02.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-623/20
P Kommission / ITL
Sprachkenntnisse für Auswahlverfahren für EU-Beamte
- 16.02.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-312/21
Tráficos Manuel Ferrer
LKW-Kartell – Schadensersatzklagen
- 16.02.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den
verbundenen Rechtssachen C-38/21 BMW Bank, C-47/21
C. Bank und Bank D. K. und C-232/21 Volkswagen Bank
und Audi Bank

Widerruf von Autoleasing- bzw. –kreditvertrag

- 16.02.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-663/21 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (Flüchtling, der ein schweres Verbrechen begangen hat)
Aberkennung von Asyl wegen Begehung einer Straftat
- 16.02.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-216/21 Asociația "Forumul Judecătorilor din România"
Unabhängigkeit der Justiz in ROM
- 16.02.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-520/21 Bank M. (Folgen der Nichtigerklärung eines Vertrags)
Missbräuchliche Klauseln – Ansprüche bei Nichtigerklärung eines Darlehensvertrags
- 16.02.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-478/21 P China Chamber of Commerce for Import and Export of Machinery and Electronic Products u.a. / Kommission
Antidumpingzoll auf die Einfuhren bestimmter Waren aus Gusseisen aus China
- 16.02.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-393/21 Lufthansa Technik AERO Alzey
Aussetzung der Vollstreckung eines Europäischen Vollstreckungstitels
- 16.02.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-638/22 PPU Rzecznik Praw Dziecka u.a. (Aussetzung der Rückgabeentscheidung)
Widerrechtliches Verbringen oder Zurückhalten von Kindern
- 16.02.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-488/21 Chief Appeals Officer u.a.
Aufenthaltsrecht und daran anknüpfende Rechte von Familienangehörigen

Europäisches Gericht

- 15.02.2023 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-606/20 und T-607/20 Austrian Power Grid u.a. / ACER
Energier Regulierung
- 15.02.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen
T-266/16 Capsugel Belgium / Kommission,

T-324/16 VF Europe / Kommission,
T-351/16 Belgacom International Carrier Services /
Kommission,
T-363/16 Zoetis Belgium / Kommission,
T-371/16 Ineos Aromatics / Kommission, und
T-388/16 Eval Europe / Kommission
Tax Rulings – Steuerbefreiungen in BEL für multinationale
Unternehmen

16.02.2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den
verbundenen Rechtssachen
T-201/16 Soudal / Kommission,
T-335/16 Esko-Graphics / Kommission,
T-357/16 Punch Powertrain / Kommission, und
T-369/16 Luciad / Kommission
Tax Rulings – Steuerbefreiungen in BEL für multinationale
Unternehmen

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 24.02.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA